

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721** **Schluss der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr**

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Wahrheit über Russland.

Von Wilhelm Dittmann.

Im deutschen Proletariat herrschen sehr verworrene Ansichten über die Zustände in Russland. Die Sympathie mit der russischen Revolution verleitet oft zu den wunderbarsten Illusionen. Man begegnet nicht selten der naiven Vorstellung, in Russland lägen eigentlich Lebensmittel und Naturprodukte aller Art in Hülle und Fülle bereit und es fehle nur an Transportmitteln, um alles nach Deutschland zu bringen und hier der Not ein Ende zu machen. Mancher Arbeiter, der in Deutschland der heimischen Misere entfliehen möchte, wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, nach Russland, dem Ziel seiner Wünsche, auszuwandern zu können. Romantiker träumen gar davon, daß die russische rote Armee nach Deutschland marschieren, hier eine Räterepublik errichten, dann gemeinsam mit dem revolutionären deutschen Proletariat die Revolution nach Frankreich tragen und so die Weltrevolution verwirklichen werde. Daß in Russland die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räte-Systems errichtet und der Wille der Massen in Politik und Wirtschaft bestimmend sei, gilt so sehr als ausgemachte Sache, daß Zweifel daran einfach abgewiesen werden. Blinde Schwärmerei und gläubige Inbrunst haben Sowjet-Russland zu dem Idealstaat gemacht, in dem alles Leid des Proletariats ein Ende hat. Die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland und der Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale wird nicht selten deshalb gefordert, um baldmöglichst teilhaben zu können an dem Wohlstand und der Freiheit, die man in Russland errichtet wähnt. Russland ist der helle Hoffnungstern in der Nacht des Elends, aus dem Erlösung ersehnt wird. Alles Heil wird mit fast religiöser Zuversicht von Moskau erwartet.

Die bisherige Abgeschlossenheit Sowjet-Russlands von Westeuropa hat nicht wenig dazu beigetragen, daß diese wirtschaftsfernen Vorstellungen sich herausbilden und festlegen konnten. Hätten deutsche revolutionäre Proletarier unausgesetzt in enger persönlicher Fühlung mit dem bolschewistischen Russland sein können, dann hätten solche Illusionen gar nicht aufkommen, geschweige denn sich festsetzen können. Kommen jetzt deutsche Arbeiter voller Begeisterung für das erträumte Eldorado nach Russland, so sind sie entsetzt und niedergeschmettert über die Zustände, die sie vorfinden, wie es dem größten Teil des ersten Auswanderertransportes deutscher Industriearbeiter ergangen ist, mit dem uns der Zufall auf unserer Reise nach Moskau zusammengeführt hatte. Solche unvermittelten Enttäuschungen auf russischem Boden führen leicht zur Entfremdung und wirken der Annäherung zwischen dem deutschen und dem russischen Proletariat entgegen, die im beiderseitigen Interesse notwendig ist. Darum ist es erforderlich, daß alle, die in Russland die Zustände an Ort und Stelle kennengelernt haben, sie den deutschen Arbeitern ohne Vorurteil und ohne ohne Schönfärberei so schildern, wie sie wirklich sind.

Bei der Betrachtung russischer Verhältnisse muß man vor allem denken an die kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische Rückständigkeit und Eigenart dieses Riesens und darf sich nicht einbilden, daß die Revolution diese Erblichkeit der Vergangenheit plötzlich hätte abschütteln können. Des weiteren muß man sich stets vor Augen halten, daß der ununterbrochene Kriegszustand, in dem sich das Land seit 1914 befindet, seine Wirtschaft aufs äußerste geschwächt und zerrüttet, seine Kräfte aufgerieben hat. Die einfachste Ueberlegung muß schon aus diesen beiden Gründen zu der Erkenntnis führen, daß in Russland selbst dann keine tolgischen Zustände herrschen könnten, wenn das ganze Land in vollster Harmonie an seinem Wiederaufbau arbeiten würde. Tatsächlich aber befindet es sich seit 3½ Jahren im schärfsten Bürgerkrieg im Innern. Es wird in allen seinen inneren Einrichtungen vor Grund auf revolutioniert und umgestellt, während es gleichzeitig nach außen um seine Existenz kämpfen muß. Wie können da derart idyllische Verhältnisse entstehen, wie sie sich die Phantasie bei uns ausgemalt hat?

Der Hauptrepräsentant der russischen Rückständigkeit ist der Bauer. Und in diesem Lande sind 75 Prozent der Gesamtbevölkerung Bauern! Aber nicht Bauern im westeuropäischen Sinne. Nein, Bauern, die noch vor wenigen Jahren Leibeigene waren, „zwei-beinige Tiere“, wie Däumling vor den deutschen Industriearbeitern in Kolumna bei Moskau sagte. Bauern, die noch bis zur Revolution unter der Knute des Zarenregiments in Rechtslosigkeit und schwarzer Unwissenheit hinvegetierten. Die Revolution hat diese primitiven Menschen nicht ändern können. Sie sind auch heute weder Sozialisten noch Kommunisten, haben von Politik, Staat und Gesellschaft überhaupt kaum rechte Vorstellungen. Sie können meist nicht lesen und nicht schreiben, ihr allgemeiner Horizont reicht kaum über ihre eigene Scholle hinaus, wie es

Völliger Bankrott der Ernährungspolitik.

Der Zusammenbruch im Frühjahr.

Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit treibt die von rein agrarischen Interessen diktierte Politik der Regierung das deutsche Volk dem Hunger in die Arme. Alles, was wir bei dem Bestreben der leitenden Stellen, dem Drängen der an dem Raubzug gegen die Konsumenten interessierten Kreise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft möglichst weit nachzugeben, gesagt haben, ist nur zu schnell eingetroffen. Der „Segen der freien Wirtschaft“ macht sich mit einer derartigen Schärfe bemerkbar, daß selbst einzelnen Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen angst und bange wird. Nicht aus Sorge um die hungernden und darbenenden Volksmassen, sondern aus Besorgnis, daß die schrankenlose und gewissenlose Ausnutzung der freien Wirtschaft durch Produzenten und Händler unter dem Druck der Verhältnisse zur Wiederaufrichtung der Zwangsbewirtschaftung führen könnte.

In der Eröffnungsrede der badischen Landesbauern-Kammer erklärte der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Heim, daß trotz der betrüblichen Ernte bei vollkommener Freigabe der Lebensmittelversorgung spätestens im nächsten Frühjahr vollständige Anarchie auf dem deutschen Lebensmittelmarkt herrschen würde. Es müßte bei einer völligen Freigabe der Fleisch- und Kartoffelwirtschaft spätestens in einem halben Jahre die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden.

Dr. Heim, dem man als Führer der badischen Bauernschaft das nötige Verständnis in solchen Dingen zuzuerkennen muß, bestätigt nur die Richtigkeit unserer Warnungen und wiederholten Forderungen. Wir fürchten nur, daß wir dem Abgrunde noch viel schneller zutreiben, als Dr. Heim annimmt, denn

Die ersten Anzeichen des Zusammenbruchs

sind schon da. In Baden hatte es die Regierung mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft ganz besonders eilig. Sie hielt es für unbedingt notwendig, der Reichsregierung noch zuvorzukommen. Und der Erfolg?

Aus Karlsruhe wird berichtet: Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde Anfang Juli d. J. die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches in Baden aufgehoben. Die Fleischlarie und alle übrigen einengenden Bestimmungen wurden abgeschafft und es kam bald zu einem starken Angebot von Fleisch aller Sorten im Freihandel. Auch an Nachfrage fehlte es nicht. Jetzt stellt sich allerdings heraus, daß die völlige Freigabe des Fleisches auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wie wir hören, sollen zunächst die fleischlosen Tage wieder, und zwar mit sofortiger Wirkung eingeführt werden. Ob es bei dieser Maßnahme zur Regelung des Fleischverbrauchs bleiben wird, muß noch abgewartet werden.

Besonderlich beachtlich sind die Ausführungen, die die Deutsche Fleischzeitung, die sich unsres Wissens bisher für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eingesetzt hat, über die Erfahrungen in Baden macht. Es heißt da:

„Seit einigen Wochen ist die Zwangswirtschaft in Baden aufgehoben und landauf und landab kann man Händler in den

landwirtschaftlichen Anwesen herumgehen sehen, die den Bauern geradezu fabelhafte Preise für ihr Vieh anbieten und zahlen. Sämtliches bis jetzt verladenes Vieh wurde an die Rheingrenzstationen aufgegeben, was zu denken gibt. Daß aber Breisach und nicht zum Beispiel Freiburg als Bestimmungsort gewählt wird, ist geradezu verdächtig. Als die Fessel der Zwangswirtschaft fiel und in den Metzgereien wieder Fleisch markellos zu haben war, atmete alles auf. Aber wie lange kann dieser Zustand anhalten, wenn ganze Ertragszüge mit Schlachtvieh nach dem Eschach verschoben werden. In obiger Zeit muß notwendigerweise die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden, weil das badische Land ausverkauft ist mit Schlachtvieh...“

Und was hier in bezug auf die Fleischbewirtschaftung gesagt ist, trifft auch für alle anderen Lebensmittel, besonders für die Kartoffeln zu. Leider haben sich selbst die Vertreterorganisationen der Gemeinden durch die agrarischen Versicherungen, daß infolge einer voraussetzlichen guten Ernte die Preise bei der freien Wirtschaft bedeutend sinken würden. Sie haben zum Teil die agrarischen Forderungen unterstützt und in ihrer Vertrauensseligkeit verjährt, sich die nötigen Kartoffelbestände zu sichern. Die Folge wird trotz erhöhter Preise eine katastrophale Kartoffelnot im Winter und Frühjahr sein.

Beim Brotgetreide hat die Mieserungsablage der Landwirte

mit aller Schärfe eingesetzt. Nach einer der badischen Regierung vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewordenen Mitteilung sind die Ablieferungen von Brotgetreide und Gerste ungenügend. Die badische Regierung hat deshalb die in Frage kommenden Behörden angewiesen, auf eine bessere Ablieferung hinzuwirken. Während bis heute erst unter 30 000 Tonnen Brotgetreide und Gerste abgeliefert worden sind, waren im Vorjahre bis zum gleichen Zeitpunkt bereits 500 000 Tonnen eingebracht. Wenn nicht alsbald von der Landwirtschaft eine erhebliche Verstärkung der Ablieferung eintritt, muß die gesamte Versorgung der Bevölkerung bedroht, im späteren Verlaufe des Wirtschaftsjahres als sehr gefährdet angesehen werden.

Alles, was in den letzten Wochen in der Ernährungsfrage getan worden ist, hat das Uebel nur vergrößert. Es hat den Hunger und Fleischhandel weiter gefördert, die Leiden des Volkes aber verschärft und zugleich den Beweis erbracht, daß nicht nur die bisherige Ernährungspolitik vollständig verfehlt war, sondern daß die ganze kapitalistische Wirtschaft innerlich faul und morsch ist. Unde Wirtschaft ist ein treibendes Braut. Nur eine Aenderung des ganzen Systems im Sinne des Sozialismus kann verhüten, daß es der leiste Windstoß an der Klippe zerfallen läßt. Es ist dringend notwendig, daß sich der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages mit dem Problem noch einmal sehr eingehend beschäftigt. Mögen ihm die Erfahrungen in Baden eine Warnung sein.

etwa beim deutschen Bauern im Mittelalter der Fall gewesen sein mag.

Diese träge Bauernmasse, dieser gewaltige Block von 75 Prozent der Gesamtbevölkerung, wurde trotz seiner Indifferenz, ja Antipathie gegenüber Sozialismus und Kommunismus zum Fundament der bolschewistischen Herrschaft. Das materielle Interesse leitete die Bauern an das revolutionäre Regiment, das ihnen nicht nur Frieden, sondern auch Land in beträchtlichem Umfange brachte, das Land der Gutsbesitzer. Der russische Bauer hat jetzt mehr Land, zahlt jetzt weder Steuern an den Gutsbesitzer noch an den Staat, braucht deshalb Getreide, Vieh, Milch, Butter usw. nicht mehr wie früher zu verkaufen, um das Geld für die Steuern aufzubringen. Er kann diese Produkte teils selbst verzehren, teils im Schleichhandel verkaufen und den Erlös behalten, soweit er sie nicht bei Requisitionen zu den staatlich festgesetzten Preisen abtreten muß. Ist es da ein Wunder, daß die „antikollektivistischen“ Bauern die bolschewistische Regierung, die ihnen diese gewaltige Verbesserung ihrer materiellen Lage beschert hat, verteidigen, aus Angst, daß ihnen ein anderes Regime Land und Steuerfreiheit wieder nehmen könnte? Nebenbei: Wo haben wir in Deutschland einen solchen materiellen Kitt, der drei Viertel der Gesamtbevölkerung so fest an eine sozialistische Regierung bindet, wie die Landfrage die russische Bauernmasse an die Bolschewistenherrschaft fesselt? Allerdings nur solange fesselt, als der Eigentumsteufel im Bauern nicht durch ernsthafte Versuche, den Kommunismus auf dem Lande in die Praxis umzusetzen, zur Gegenwehr aufgestachelt wird. Einzwischen hat der russische Bauer davor noch Ruhe, und so ist auch er noch ruhig. Es zeigen sich aber die kommenden Konflikte schon darin, daß der Bauer seine Produkte nicht mehr gegen wertlose Papierrubel, sondern nur gegen Industrierwaren hergeben will und aus Furcht

vor den Requisitionen viel Land un bebaut liegen läßt. Vorläufig haben die bolschewistischen Experimente mit kommunalen und genossenschaftlichen Gütern für die russische Landwirtschaft nicht mehr Bedeutung als etwa unsere landwirtschaftlichen Versuchsgüter und Musterfarmen für die deutsche Landwirtschaft. Sozialismus und Kommunismus gibt es in Russland auf dem Lande zunächst noch nicht.

Wie auf dem Lande, so lagen auch in den Städten und Industriezentren Russlands die Verhältnisse für eine proletarische Erhebung durch die eigenartige soziale Schichtung der Bevölkerung günstiger als in irgend einem anderen Lande der Welt. Der Kapitalismus ist künstlich nach Russland verpflanzt worden. Er hat sich dort nicht aus dem Handwerk und der Manufaktur zum massenhaften Großbetrieb allmählich entwickelt, wie bei uns, sondern ist von ausländischem, besonders französischem und deutschem Großkapital, erst im Laufe der letzten Jahrzehnte in Gestalt moderner Riesenbetriebe treibhausmäßig ins Leben gerufen worden. Das Proletariat rekrutierte sich vornehmlich aus Bauern oder Abkömmlingen von Bauern. Eine starke heimische Bourgeoisie fehlte ebenso wie ein entwickeltes städtisches Handwerk, die sich als starke politische Faktoren einer proletarischen Erhebung hätten entgegenstellen können, als das alte Heer und die staatliche Bürokratie zusammenbrachen. Da die großen Industrie- werke meist ausländischen Kapitalisten gehörten, verlor deren Enteignung unmittelbar keine großen heimischen Interessen. Wie auf dem Lande, so konnte deshalb auch in der Stadt und in den Industriezentren Lenin's flüchtend, auf die primitive Geistesverfassung der Bauern und Arbeiter eingestellter Parole: „Enteignet die Enteigner! Plünder die Plünderer! Raubt das Gewandte!“ ohne große Widerstände wortlich befolgt werden. Wie

die Bauern das Land der Gutsherren, so nahmen die Industriearbeiter die Werte und Betriebe der Kapitalisten unmittelbar an sich.

Das war jene erste Zeit der bolschewistischen Revolution, in der das Wort: „Alle Macht den Arbeitern, Bauern und Soldaten-Räten!“ alles beherrschte. Diese Zeit ist heute längst vorbei! Sie hat kaum ein Jahr gedauert. In ihr kamen die bolschewistischen Führer zu der niederdrückenden Erkenntnis, daß weder die streikende Bauernmasse in den Dörfern, noch die Mehrheit des Industrieproletariats für die demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft und des Staates im sozialistischen Sinne reif und fähig war. Das war uns schon im Sommer 1917 während der Kerenski-Periode in Stockholm von den Führern der internationalen Menschewiki vorausgesagt worden. Die Bolschewiki bestritten es damals, sie bauten auf die „Schöpferkraft der Masse“. Sie haben dann die Probe auf das Exempel gemacht. Die Masse hat die Probe nicht bestanden, sie hat verjagt, sie mußte verjagt werden! Die Masse der russischen Bauern und Arbeiter! Das heißt eine kulturlose, wirtschaftlich und politisch unwissende, arbeitslose und daher handlungsunfähige Masse!

Die Bolschewiki standen vor der Alternative, ihren früheren Versuch anzugeben, auf die vorkapitalistische russische Wirtschaftsstruktur eine sozialistische Produktionsweise aufzupropfen, wie man ein Edelreis auf einen Wildling aufpropft, oder aber ihre Methode zu ändern. Sie taten das letztere, um sich a Klein in der Herrschaft halten zu können. Sie gaben die Idee der demokratischen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Proletariats preis und gingen Schritt für Schritt dazu über, ein System des staatlichen Zwanges auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens einzuführen. Dabei mußten sie aus der Diktatur des Proletariats, die sie ursprünglich gewollt hatten, eine Diktatur über das Proletariat machen, das Proletariat als Klasse, als Gesamtheit ebenso zum Objekt ihrer Politik machen, wie die stumpfe Bauernmasse. Beides aber war nur deshalb möglich, weil Bauern und Arbeiter infolge ihrer Abhängigkeit politisch indifferent und passiv sind, seit jeher gewohnt, von oben her selbstherrlich regiert und gesteuert zu werden. Nur auf dem Fundament der Passivität und Kulturlosigkeit der russischen Volksmasse in Stadt und Land konnte die bolschewistische Diktatur errichtet werden.

Die Bolschewiki, die sich jetzt „Kommunisten“ nennen, betrachten sich als die „Vorhut des Proletariats“, als seinen Vorhut, der es erst zur Mündigkeit erziehen müsse. Sie wollen nunmehr den Sozialismus von oben her verwirklichen, durch die Diktatur, nachdem seine Durchsetzung von unten her, auf demokratischem Wege, mißglückt ist. Der Machtapparat, dessen sie sich dabei bedienen, besteht aus der neuen Sowjetbureaucratie und der roten Armee. Beide werden wiederum beherrscht von der Partei, die sie durchsetzt und mit ihrem Geiste zu erfüllen sucht. Aber auch die „Kommunistische Partei“ hat sich nicht auf demokratischem Wege organisch entwickeln können, sondern ist sprunghaft gewachsen und besteht in ihrer Masse aus Mitgliedern, deren Sozialismus und Kommunismus noch wenig vertraut sind. Nur bei einer verhältnismäßig kleinen Elite der Partei trifft das zu, einem Kreis von Führern, der deshalb geistig die Partei beherrscht und zur Sicherung seiner Diktatur eine straffe militärische Organisation der Partei durchgesetzt hat. So beherrschen die Führer der Partei, Lenin, Trotsky, Sinowjew, Kappel, Bucharin u. a. diktatorisch die kommunistische Partei, durch die Partei das Proletariat, durch das Proletariat die Bauernmasse und somit die Gesamtbevölkerung Rußlands. Der dauernde Kampf mit der Konterrevolution und dem Ententeimperialismus hat natürlich die Entwicklung zur Diktatur, Bureaucratie und Militarisation ungemein begünstigt und mit verursacht, und vor allem den organisierten Terror hervorgebracht, der von den „Außerordentlichen Kommissionen“ dauernd ausgeübt wird. Nach dem offiziellen Bericht des Revolutionären Tribunals sind vom 15. Juni bis 15. Juli dieses Jahres, also innerhalb eines Monats, noch 893 Personen auf Geheiß der Außerordentlichen Kommissionen erschossen worden, außer den „administrativen“ Erschießungen. Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind für andere als Kommunisten so gut wie aufgehoben, die Wahlen zu den Sowjetkörperschaften erfolgen öffentlich in Versammlungen, geheime Wahl ist verboten. Die Wahlen sind meist indirekte und erfolgen unter terroristischem Druck, so daß eine Opposition schwer aufkommen kann, unbenutzte Wahlen werden lässig. Darüber habe ich in Moskau aus absolut zuverlässiger Quelle allerlei Beweismaterial erhalten.

Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt, Deserteure werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftliche militarisiert, Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als „Deserteure der Arbeitsfront“ in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht von 18. bis zum 40., für Männer von 18. bis zum 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingesetzt wird. Die Betriebsräte haben nur für soziale Fürsorge, Arbeitsdisziplin und Parteitagung zu sorgen, in die Betriebsverwaltung aber haben sie nicht dreinzugreifen, sie sind nur Hilfsorgane der kommunistischen Partei und der Staatsbureaucratie. Das gleiche gilt von den Gewerkschaften. Alle Arbeiter eines Betriebs sind zwangsweise Gewerkschaftsmitglieder, die Beiträge werden vom Lohn abgezogen.

Da das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei als Anwartschaft auf irgend ein Amt in der Sowjetbureaucratie angesehen wird, drängen sich massenhaft vorerwählte Elemente in die Partei, die man, durch jammervolle Reinigungen in periodischen Abständen wieder ausscheiden sucht, wobei rein militärische Verfahren sind. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angehörigen, Kaufleute usw. ist, vom Hunger getrieben, in den vielen Bureaus der Sowjeteinrichtungen Missetatler und treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der „Kommunistischen Partei“ ist der größte Teil in irgend einer Sowjeteinrichtung angestellt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, d. h. 11 Prozent, als Arbeiter tätig! Von den übrigen 89 Prozent der Mitglieder sind tätig: 36 000 (6 Prozent) als Parteibeamte,

12 000 (2 Prozent) als Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamte, 162 000 (27 Prozent) als Militärbeamte und Soldaten, 112 000 (19 Prozent) als Staats- und Munizipalbeamte, und 200 000 (33 Prozent) als Handlungsgeschäften. Die ganze Partei der Handel ist also allmählich in ein Heer von Bureaucratie übergegangen, die mit ihrer Existenz unmittelbar an der Aufrechterhaltung der Diktatur interessiert sind. Man spricht bereits von der neuen „Sowjet-Bourgeoisie“. In Moskau zählt man kaum 100 000 Arbeiter, aber 230 000 Sowjetbeamte und -beamtinnen aller Grade. Es geht dabei ähnlich wie bei unseren Kriegsgesellschaften. Mir wurde gesagt, wo früher 10-12 Beamte gesaulenzt hätten, dort säßen sich jetzt 60-80 gegenständig im Wege. Ueber die Schwerfälligkeit und Langsamkeit des Instanzenweges geraten selbst die geduldigsten Moskauer in Verzweiflung, denen das Wort, daß Zeit Geld ist, kaum bekannt zu sein scheint. Unfähigkeit, Sabotage und Korruption sucht man vergebens aus dem riesigen bürokratischen Apparat auszuscheiden.

Vom Sozialismus und Kommunismus ist man in den Städten und Industriebezirken Rußlands gegenwärtig noch ebenso weit entfernt wie auf dem Lande. Zwar arbeiten die zentralen Reichsstellen sehr schöne sozialistische und kommunistische Theorien und Programme aus, aber sie stehen leider meist nur auf dem Papier und werden von den ausführenden untergeordneten Organen oft in ihr Gegenteil verandelt. Nur in einem Lande allgemeiner Kulturlosigkeit, in dem die lebendige Anteilnahme der arbeitenden Volksmassen an ihrer eigenen Emanzipation noch so stark fehlt, wie in Rußland, ist die Diktatur einer kleinen Führerschaft möglich. In Deutschland wäre sie unmöglich, denn trotz aller Fehler und Schwächen, die ihm noch anhaften mögen, steht das deutsche Proletariat doch intellektuell und kulturell hoch über dem Niveau des russischen Proletariats. Sein Persönlichkeits- und Selbstbewußtsein würde ein solches System des Zwanges und der willkürlichen Unterordnung als unerträgliche Tyrannei empfinden und sich dagegen aufbäumen. Die deutschen Arbeiter wollen keine Führerdiktatur, sondern wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Masse, keine Diktatur über das Proletariat, sondern die Diktatur des Proletariats. Sie sind eben seit Generationen keine „zweibeinigen Tiere“ mehr, sondern vollwertige Menschen!

Zersplitterte Schiegunen mit Kriegsmaterial.

Die Kontrollkommission für Waffen, Munition und Truppenausrüstung „Berlin-Brandenburg“ hat in einer Reihe von Ermittlungen festgestellt, daß versucht wird, an verschiedene Adressen Waffen aller Art und sonstige für den Krieg bestimmte Sachen unter falscher Deklaration zu verschleusen. In welcher Art dies geschieht, möge man aus folgendem ersehen:

Abfender Dammid, Magdeburg. An v. Oen, Corneliustr. 3. Eine Kiste Wäcker. — Wirklicher Inhalt: 1 französisches Militärgewehr, 1 belgischer Karabiner, 1 Degen, 1 Seltengewehr.

Empfänger Meyer, Kurfürstestr. 43, 1 Kiste Wäcker. Inhalt: 1 Trilling, 1 Doppelkiste, 3 Revolver, 1 umgearbeiteter 98 Karabiner, 2 Keilspitzen, 1 Degen. — Diese angegebenen Sachen sind von der Polizei freigegeben.

Abfender Expedition Weigner, Berlin, Briher Straße 2-5. Empfänger: Waisauer A.-G. für Handel und Schifffahrt, Danzig, Neuhafenstr. — 11 Stück Kleinbahnlokomotiven sind jetzt von der Landespolizei beschlagnahmt.

In Erkner wurden Granaten für Oberschießen verladen. Güterabfertigung Pantow: 1 Wagon Altein. Umhüllte Pantow: 13 Kisten Munition (Pulver). Niederichanewide: 1 Wagon Gasdruckmaschinen, ein Wagon Flugzeuge.

Abfender: Reichsverwaltung Artilleriedepot Suhlenthale, Reichsbahnabfertigungslokal Kladowstr. 10. Inhalt: 8 Kisten Seitengewehr. — Empfänger: Richard Haberkamp, Berlin W, Köthener Straße 38. Bezeichnung: Nordische Handels-A.G., Berlin W, Bernauerstraße 30. Bestimmungsstation: Niederichanewide Industriehafen. Güterabfertigung Lichtberg-Friedrichshagen. — Davon sind 2 Kisten sichergestellt und 6 Kisten sind im Besitz des Empfängers.

Berlin, Güterabfertigung Schleißer Bahnhof, Wagen 17 178. Inhalt: 1 Kiste nach Kreuz. Inhalt: Kupferpulver. — In diesem Wagen lag die Ausfuhrbewilligung des Reichskommissars vor. Trotzdem angehalten, weil rohes Blei.

Berlin, Güterabfertigung Schleißer Bahnhof, Wagen 17 959 Saarbrücken vom 18. 8. von Corbon (Erfurt) nach Königsberg i. Pr. Inhalt: Gammalreisen. — Dieser Wagen geht durch den polnischen Korridor. Steht auf dem Schleißer Bahnhof.

Berlin, Güterabfertigung Schleißer Bahnhof. Angehalten wurden: 8 Kisten, deklariert mit: Majahenteile 589 Kp. Inhalt: Fernrohrgehäuse (Oelen, Schwaben, Haten). Abfender ist T. S. Henze. Empfänger ist Merkus in Stenich, von Stenich nach Polen, Empfänger Kaker in Polen. Steht auf dem Schleißer Bahnhof.

Berlin, Güterabfertigung Schleißer Bahnhof. Angehalten wurden: 4 Latenteverschlüsse deklariert mit: Blechwaren. Inhalt: Stahlfelme. Abfender ist: Betriebsabteilung der Reichszentrale für Einwohnerversorgung. Spediteur ist: E. Marziller. Empfänger ist Kreisrat von Rönigsen in Preußisch-Holland. — Steht auf dem Schleißer Bahnhof.

2 Güterwagen mit Nachrichtengerät Abfender Reichsmaschinenamt, abbestellt Kommissionsmission Berlin. Nach Kirch und Anhalt abbestellt. — Steht auf dem Güterbahnhof Weihenstephan.

Die Feststellungen der Kontrollkommission zeigen, wie alle Mittel versucht und alle erdenklichen Wege eingeschlagen werden, um Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial nach Polen einzuschmuggeln. Daß es sich um unzulässige Transporte und Schiegunen handelt, geht schon daraus hervor, daß der Inhalt der Sendungen falsch deklariert wird. Die Vorgänge zeigen mit aller Deutlichkeit, wie wichtig und notwendig die Kontrolltätigkeit der Arbeiterschaft ist. Besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß durch die Kontrolle der Nachweise geliefert wird, daß auch innerhalb Deutschlands Waffen falsch deklariert verhandelt werden. Offenbar ist dieses Verfahren auch bei den Reaktionsären beliebt, die auf diese Weise in den Besitz von Waffen gelangen und Schiegunen von Waffen vornehmen. Die Vorgänge zeigen, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft mit größter Aufmerksamkeit und Wachsamkeit in verschärfter Weise die Kontrolle der Transporte fortsetzt.

Verschärfung der bahnamtlichen Kontrolle.

Berlin, 30. August. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektionen angewiesen, von jetzt ab alle Sendungen, die durch Verfrachter ausgeliefert werden, denen eine falsche Deklaration von Frachten nachgewiesen ist, grundsätzlich (durch Festsetzen der Bedingungen und dergleichen) daraufhin prüfen zu lassen, ob der Inhalt der Sendung mit den Angaben im Frachtkonzept übereinstimmt. Die seit jeher bestehende Vorschrift, daß die Dienststellen sich von der Übereinstimmung der Angaben im Frachtkonzept mit dem Inhalt der Sendung zu überzeugen haben wenn der Verdacht einer falschen Deklaration besteht, ist erneut eingeschärft worden.

Prügelstrafe in der „freiesten Republik“.

Während der Kapptage in Berlin war ein Bantbeamter namens Hesterberg an der Gasse Chaussee und Invalidenstrasse von der Sicherheitspolizei — angeblich, wie er auf Anruf nicht sofort stehen blieb — verhaftet und auf der Wache minutenlang mit Koppschlägen geschlagen und somit noch ärztlich mißhandelt worden. Der Mann mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und beschwerte sich bei dem rechtssozialistischen Berliner Polizeipräsidenten. Dieser antwortete ihm unter dem 11. Mai 1920, nachdem er auf Grund der einschlägigen Angaben der beteiligten Beamten die Darstellung Hesterbergs als falsch zurückgewiesen hatte, wie folgt:

„In Anbetracht der erregten Zeiten und der exponierten Stellung, welche die Posten an der Chaussee- und Invalidenstrasse hatten, wo sie jeden Augenblick mit einem Ueberfall rechnen mußten, war es ihre Pflicht, gründlich durchzugreifen, und jedes Vorgehen zu ahnden. Darum hatte der WachtHabende, nachdem ihm der Sachverhalt erklärt war und der Hesterberg auch wegen seines Verhaltens auf der Wache zu rechtsgewiesen hatte, Befehlen, ihm acht bis zehn Hiebe mit einem Leibriemen auf das Gesäß zu verabsolgen und ihn dann zu entlassen. Zu dieser Maßnahme war der WachtHabende berechtigt nach einem Befehl des damaligen Abschnittskommandeurs der Reichwehrrbrigade XV, der die Sicherheitspolizei dort unterstellt war. In diesem Befehl wird bei leichteren Vergehen und Ungehorsamsfällen zur Vermeldung unnötiger Härten (!) eine gehörige Tracht Prügel angeordnet.“

Am Schlusse des Schreibens werden dann die Beamten angewiesen, in Zukunft von einem „derartigen“ Verfahren Abstand zu nehmen.

Größtenteils Mißhandlungen und Verprügelungen durch Polizeiorane „zur Vermeldung unnötiger Härten“. Man sieht sich an den Kopf: leben wir in der „freiesten Republik der Welt“ oder in irgendeinem haßhüblichen Dorf patriarchalischer Verwaltung? — Der damalige Abschnittskommandeur und damit Verantwortliche für den angeordneten Prügelstrich war der berufliche Oberst Reinhardt. Ist der Befehl aufgehoben oder besteht er noch, so daß er auch in künftigen „erregten Zeiten“ praktiziert werden kann?

Was geschieht mit dem Burschen, der jedem Ohrentoch unter seinen Untergebenen durch Erlaß von Polizeibefehlen Gelegenheit zur Ausübung seiner perwersen Instinkte gibt?

Wie die V. V. N. zu dem Fall mittels hat der Berliner Polizeipräsident niemals einen derartigen Befehl erlassen lassen; er hat ihn vielmehr erst jetzt aus der Zeitung kennen gelernt und sobald keinen Zweifel daran gelassen, daß ein solcher Befehl seinen Anschauungen nicht im entferntesten entsprechen würde. Demgemäß hat er eine sofortige Nachprüfung des Falles angeordnet und die Sicherheitspolizei angewiesen, ihm über deren Ergebnisse Bericht zu erstatten.

Öffentlich erklärt auch die Öffentlichkeit recht bald näheres über den sonderbaren Fall. Sie hat ein dringendes Interesse daran.

Die prügelnde Sicherheitspolizei!

Ein Rechtsanwalt sendet der Berliner Volkszeitung folgende Zuschrift in der Angelegenheit des während der Kapptage von Sicherheitspolizeibeamten auf Grund eines Befehls des Obersten Reinhardt verprügelten Bantbeamten Hesterberg:

Oberst Reinhardt hatte nach der amtlichen Mitteilung des Polizeipräsidenten angeordnet, daß die Sicherheitspolizei bei leichteren Vergehen eine gehörige „Tracht Prügel“ anzuwenden habe, und dieser Befehl ist auch befolgt worden. Nach den §§ 233 a, 245, 240, 339, 47, 48 des Strafgesetzbuchs sind aber sowohl der Befehlende als die Ausführenden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bzw. Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu bestrafen und zwar ohne Antrag des Verletzten.

Sollte der Anwalt im Recht sein, so sind sicherlich alle die im Unrecht, die da glauben, es würde nunmehr gegen den Obersten Reinhardt und seine Helfer entsprechend vorgegangen werden!

Keine Auslieferung der Bestände der Deutschen Blicherei.

Zu der Meldung über die von Frankreich angeforderte Auslieferung der Bestände der deutschen Blicherei wird mitgeteilt, daß ein derartiger Antrag nie gestellt worden ist. Es liegt lediglich ein Antrag vor, auf Reparationskonto die während des Krieges in Deutschland erschienene Zeitschriftenliteratur an Frankreich zu liefern. Die Verpflichtung zur Wiederherstellung der Universitätsbibliothek Löwen ist im Friedesvertrag von Versailles von Deutschland übernommen worden. Die Beschaffung der Druckschriften ist bereits in vollem Gange. Ein Uebereinkommen mit der belgischen Regierung macht es möglich, die Lieferung der Druckschriften in einer Weise vorzunehmen, daß jede Schädigung der deutschen Bibliotheksbestände vermieden wird.

Neue Zusammenstöße in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 2. September. (TU.) Nachdem gestern nachmittag eine Versammlung der unabhängigen und kommunistischen Betriebsräte stattgefunden hatte, die noch zu keinem Beschluß über eine Entscheidung im Generalstreik gelangt war, kam es in der Stadt zu neuen Zusammenstößen. Verschiedentlich wurden die Sicherheitspolizeibeamten angegriffen. Eine Hundertschaft unternahm daraufhin eine Streife durch die Stadt, wobei es zu Zusammenstößen in der Nähe des Rathauses kam. Die Polizei erlitt aus einem Hause Feuer und erluderte es. Hierbei wurden drei Personen getötet und eine Frau ziemlich schwer verletzt. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich mithin bis jetzt auf 11 Personen. Weitere Zwischenfälle waren im Laufe des Tages nicht mehr zu verzeichnen.

Die Frankfurter Gewerkschaften gegen den Generalstreik

Frankfurt a. M., 3. Sept. Das infolge der blutigen Vorkommnisse einberufene Gewerkschaftskartell hat mit 83 gegen 20 Stimmen den Eintritt in den Generalstreik abgelehnt.

Die Opfer der Augsburger Reichwehrrallacke.

Augsburg, 3. Sept. Nach den endgültigen Feststellungen der Polizeibehörde haben die Anruhen am Mittwoch vier Tote gefordert. Die USF hat, wie der Volkswille mittelt, die Betriebsräte aufgefordert, als Protest den Generalstreik zu erklären. Sollten sich die Betriebsräte dieser Forderung widersetzen, so werde die Partei selbst ihre Maßnahmen treffen. Vom Volksgesamt der Betriebsräte und des Gewerkschaftsbundes wurde gestern zur Ruhe und zur Fortsetzung der Arbeit ermahnt.

Zwangsanleihe in Aussicht?

Berlin, 3. September. (TU.) Die Gerüchte über eine Zwangsanleihe sollen sich bestätigen. Die Vorarbeiten im Reichsfinanzministerium sind bereits soweit gediehen, daß schon in der nächsten Zeit mit dem Projekt in die Öffentlichkeit getreten werden soll.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Einhaltung des Beuthener Abkommens?

Berlin, 3. September. Wie der Kreuzzeitung aus Oberschlesien mitgeteilt wird, tauchen von neuem Gerüchte auf, daß in sechs bis acht Wochen ein abnormer polnischer Aufstand ausbrechen werde. Wie verschiedene Blätter berichtet wird, wird das Beuthener Abkommen immer wieder verletzt, so daß von einem Innehalten der dort getroffenen Abmachungen lediglich seitens der Deutschen die Rede sein könne.

Polnische Greuelthaten.

In dem bereits gestern erwähnten Telegramm der deutschen Weisungskommission an den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission heißt es u. a.:

Das Verbrechen gegen die Deutschen geht weiter. Zum Beweise werden hierauf Morde aufgezählt, die seit dem Tode des Beuthener Abkommens sich ereignet haben; die Ermordung zweier junger Männer in Neudorf und dreier Gendarmen in Groß-Pantow; die Verschmelzung eines jungen Mannes in Sobret, dem beide Augen ausgelassen wurden; die furchtbare Mißhandlung eines im Vertrauen auf die polnisch-deutschen Vereinbarungen zurückgekehrten Gemeindevorsetzers in Karl. Dann heißt es: Der polnische Aufstand ist heute 14 Tage alt. Aber diese 14 Tage haben Mord auf Mord gehäuft. Mit fester Überlegung wurden Buchbinderbesitzer Vater, Generaldirektor Kahlitz und Dugende andere getötet. In Jolesthal verhaftet liegen deutsche Weibchen im Walde. Von der staatlichen Autorität verlassen, schloß sich den polnischen Banden preisgegeben, suchten die deutschen Führer Verständigung mit den Polenführern, um das deutschgeleitete Volk durch eine Öffnung wenigstens von Verweissungswegen zurückzuführen. Im sicheren Bewußtsein unserer moralischen Position, gekräftigt durch heroische Geduld von 14 Tagen voll Blut und ohne Gegenwehr protestieren wir gegen die Fortsetzung des Mordens und fordern, daß Korfas, der noch im Aufbruch zur Beendigung des Aufstandes das „männliche und einheitliche Vorgehen“ der Polen zu preisen wagte, angehörs des weitergehenden Mordens von der Interalliierten Kommission gezwungen wird, öffentlich und uneingeschränkt in härtester Form gegen die Fortsetzung der Gewalttaten sich mit seiner ganzen Person einzusetzen. Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen der bewaffneten Mächte.

Aufgehundene Weibchen Ermordeter.

Kattowitz, 3. September. In Brzeska, hat an der Grenze, wurden seit die Weibchen von 8 Personen ausgegraben, die am 20. August erschlagen, in die Bräunla geworfen und dann auf der Cholera-Friedhof in Brzeska beigesetzt worden waren. In Rainow ist seit ein Grab mit 8 Weibchen festgestellt worden, die ansehend wie die Opfer von Jolesthal ermordet worden sind. Unter den Opfern von Jolesthal befindet sich ein Elter und vier Tische-Slowaken.

Verhandlungen über Frankreichs Sühneforderungen.

Berlin, 3. September. L. U. Wie der Lokalanzeiger erzählt, dauern die Verhandlungen mit Frankreich über die neuen Sühneforderungen noch weiter. Sie werden nicht nur in Berlin mit dem französischen Botschafter Laurent, sondern auch in Paris mit Dr. Mayer geführt. An antwortende deutsche Stelle rechnet man damit, daß sie sich noch längere Zeit hinziehen werden.

Berlin, 2. September. L. U. Wie die Neue Berliner Zeitung meldet, halten die Besprechungen im Reichstagsgebäude für auswärtige Angelegenheiten über die französischen Sühneforderungen einen regeren vertraulichen Charakter. Wie das Blatt hört, will die Regierung versuchen, auf dem Verhandlungswege Widerstände der demütigenden Bedingungen zu erzielen.

Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 2. September. In Irland, hauptsächlich in Belfast, wüthet der Bürgerkrieg weiter. Gestern wurden in Belfast 7 Personen getötet, und am gleichen Vormittag wurden die Arbeiter in den Schiffswerken überfallen und auf beiden Seiten zwischen Protestanten und Katholiken Schüsse gewechselt. Es blieben zahlreiche Verwundete auf dem Platze. Die Truppen mußten einschreiten, um den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Etwas später kam es an den Fabrikingängen wieder zu blutigen Zusammenstößen, die 1 Toten und zahlreiche Verwundete als Opfer forderten.

Paris, 2. September. Der Matin berichtet über neue Unruhen in Belfast. Gestern morgen wurde von verschiedenen Leuten auf die Straßenbahn geschossen. Als zahlreiche Truppen eintrafen, entstand eine allgemeine Schiere. Bei der darauf folgenden Panik wurden zwei Personen getötet und mehrere verletzt. Drei weitere Personen, die auf den Saltruf der Truppen nicht standen, wurden erschossen.

Rotterdam, 3. September. In der Nacht zum 1. September wurden alle Gebäude der Rüstungsfabrik Brownhead in Corz durch Bomben und Feuer vernichtet.

Offizielle englische Verurteilungen.

Basel, 2. September. L. U. Wie aus London gemeldet wird, gibt das britische Kriegsamt bereits offizielle Verurteilungen über die Kämpfe in Irland heraus. Danach sind in der letzten Woche bei den Kämpfen 120 britische Staatsangehörige getötet und über 400 verwundet worden.

England ändert seine irische Politik nicht.

London, 2. September. Der Berichterstatter der Times meldet aus London, daß der Chefsekretär für Irland in einer Unterhaltung mit Pressevertretern erklärt habe, daß die Politik der englischen Regierung in Irland unverändert aufrechterhalten werde.

Russisch = polnischer Waffenstillstand in Aussicht?

Wie ein Telegramm aus Warschau meldet, hat der polnische Außenminister Pressevertretern gegenüber erklärt, man rechne mit dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Rußland und Polen im Laufe der nächsten Woche. Eine weitere amtliche polnische Kundgebung besagt, die russischen Delegierten seien in Wlask bestrebt gewesen, die Verhandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen. Nur die russischen Militärbehörden hätten eine wenig wohlwollende Haltung eingenommen. Die russischen Delegierten hätten auch die russischen Bedingungen nicht als Ultimatum betrachtet, sondern seien bereit gewesen, polnische Gegenforderungen entgegenzunehmen. Deshalb dürfe man mit einem baldigen Schluß des Waffenstillstandes und des Friedens hoffen. Ueber die Fortsetzung der Verhandlungen scheint tatsächlich Einverständnis erzielt worden zu sein. Ein Warschauer Datas-Telegramm besagt, daß Tschitscherin in einem Funkgespräch an den polnischen Minister des Aeußeren der Verlegung der Verhandlungen von Wlask nach Riga zugestimmt habe und daß er eine mit entsprechenden Vollmachten versehene Abordnung zum Abschluß eines Friedens und eines gerechten Waffenstillstandes entsenden wolle.

Die englische Regierung drückt in einer Note ihre Befriedigung darüber aus, daß Rußland auf seine Forderung auf Schaffung einer polnischen Arbeitermiliz verzichtet habe. Gleichzeitig verwahrt sie sich dagegen, daß sie der geforderten Beschränkung der Stärke des polnischen Heeres auf 50 000 Mann zugestimmt habe. Die Note betont, daß England einen bewaffneten Konflikt mit der Sowjetregierung nicht wünsche, daß es aber auch die Unabhängigkeit Polens unbedingt gewahrt wissen wolle.

In den leitenden politischen Kreisen Frankreichs empfindet man begreiflicherweise über die polnischen militärischen Erfolge große Genugtuung, hofft man doch, daß die bekannten französischen Pläne, deren Verwirklichung durch die russischen Waffenerefolge ernstlich in Frage gestellt worden waren, nun verwirklicht werden können.

Wachtung! Arbeiter, Arbeitslose!

Laßt Euch nicht zu unüberlegten Streichen aufputschen!

Die politische Situation ist aufs äußerste gespannt. Der internationale Kapitalismus wehet sich mit verzweifelter Anstrengung gegen seinen unvermeidlichen Zusammenbruch. In Osten versucht der Ententekapitalismus das sich heldenmütig wehrende russische Proletariat niederzuschlagen. Die Arbeiterschaft aller übrigen Länder steht in bestem Kampfe gegen die Bourgeoisie und die Militärkräfte, die lieber heute als morgen einen neuen Krieg anzetteln und die noch in ihren Anfängen stehende proletarische Revolution in einem ungeheuren Blutbad erstickten möchte.

Und in diesem Augenblick, wo mehr denn je die Solidarität und Geschlossenheit der gesamten Arbeiterklasse das dringendste Gebot der Stunde ist, unternimmt es eine Schar gewissenloser politischer Marodeure, Uneinigkeit in die eigenen Reihen zu tragen und die proletarische Kampffront zu schwächen, zum Vorteile der Bourgeoisie, die auf den Augenblick lauert, wo die Arbeiterklasse genügend geschwächt ist, um sie mit brutaler Gewalt niederwerfen zu können.

In einem: Proletarier, Genossen! überschriebenen Plakat der allgemeinen Arbeiterunion werdet ihr aufgefordert, die Stützpunkte eurer Macht, eure Organisationen, zu zerbrechen, politische Arbeiterräte zu wählen und zur „Aktivität“ überzugehen. Das heißt unter den gegenwärtigen Umständen: die bis jetzt erfolglosen Bemühungen des internationalen Proletariats, einen neuen völkermordenden Krieg zu verhindern und der Reaktion den langjährigsten Vorwand zu neuem Blutvergießen zu geben. Diese Bestrebungen laufen auf dasselbe hinaus, wie die Agitation der

Nationalbolschewisten, die das deutsche Volk unter falschen Vorspiegelungen in einen neuen Krieg mit Frankreich ziehen möchten.

Man sagt euch vor, die Aktionen der Arbeiterorganisationen hätten versagt. Man verdächtigt die Führer, sie hätten euch verraten. Und zu welchem Zweck das alles? Die Leute, deren hienvertrauten Illusionen bisher an dem gesunden Sinn der Arbeiter scheiterten, glauben die jetzige allgemeine politische Verwirrung und die Not der Arbeitslosen mißbrauchen zu können, um ihre eigennützigen, arbeitserfindlichen Bestrebungen durchzuführen. Sie treiben, ob gewollt oder ungewollt, daselbst verächtliche Spiel wie die bezahlten Spindel der Konterrevolution.

Arbeiter, Arbeitslose! Laßt euch nicht betören und irreführen durch die blendende Phrase: Zur Tat, Proletarier!

Zawohl, auf zur Tat!

Aber diese Tat bestehe darin, daß ihr den gedankenlosen Zerklütern der politischen Kampffront wie den bezahlten Proskateuren ganz energisch entgegen tretet. Treues Festhalten und Stärkung eurer Organisation, Abweisung aller Zerstückelungsversuche und unüberlegten Putschs, die nur dazu führen, euch der Macht und der Nähe der Bourgeoisie auszuliefern: Das ist die Tat, die die Stunde verlangt. Das ist die einzige Möglichkeit, nicht nur dem russischen Proletariat, nicht nur der deutschen Arbeiterschaft, sondern dem internationalen Proletariat und der Weltrevolution zu nützen.

In einem gewissen Gegensatz zu dem bekundeten polnischen Friedensbestrebungen stehen die anhaltenden Versuche der Polen, für die militärischen Operationen völlig freie Hand zu behalten.

So wird in der polnischen Antwortnote auf die letzte amerikanische Note wieder betont, daß strategische Erwägungen für den von Polen einzuschlagenden Weg maßgebend sein müßten. Dem amerikanischen Wunsch, daß das russische Gebiet geachtet werden möchte, wird zugestimmt, doch legt die polnische Antwort dar, Polen sei genötigt, die ersten Folgen zu erwägen, die sich ergeben würden, wenn die polnische Gegenoffensive an einer bestimmten Linie zum Stillstand gebracht würde, ohne daß befriedigende Garantien von der Sowjetregierung gegeben würden. Die Antwort weist ferner auf die Tatsache hin, daß die Grenzen Polens von den Bolschewiken verletzt würden, obwohl die englische Regierung die Sowjetregierung aufgefordert habe, an den ethnographischen Grenzen Polens Halt zu machen. Zu dem Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine wird in einer Warschauer Meldung dargelegt, daß die polnische Regierung nach wie vor entschieden für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine eintritt. In Polen ist eine starke Bewegung im Gange, die die Trennung der Zivilverwaltung von der Militärverwaltung verlangte. Sie ist zweifellos durch die von uns gestern wieder gegebenen Versicherungen Polens gestärkt worden.

Nach einer Pariser Meldung der Information aus Warschau finden augenblicklich zwischen dem Abgesandten des Generals Wrangel, Nowow, und den Polen in Warschau Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen der polnischen Truppen mit denen des Generals Wrangel statt. Die von russischer Seite verbreiteten Nachrichten über den großen Sieg der Bolschewiken über die Wrangelarmee sollen nach Meldungen aus Konstantinopel übertrieben sein. Es scheint aber festzustehen, daß die Wrangelischen Truppen schwere gelitten haben. Andererseits meldet Wrangel selbst neue Fortschritte und Erfolge an der Kubankont. Von der polnischen Front melden die Polen neue Erfolge. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Die Polen haben Grobed und Greinowka erobert und das rechte Ufer des Njemen vom Feinde gekübert. Ukrainische Truppen, die mit den Polen zusammen operierten, haben den Njemen bei Bucina überschritten. Die roten Truppen westlich des Sereth sind in Gefahr, von ihnen umzingelt zu werden.

Schwere Niederlage der Russen bei Lemberg

Berlin, 2. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Warschau unter dem 2. September: Nach einer Krakauer Meldung haben die Russen vor Lemberg nach einer dreitägigen Schlacht eine schwere Niederlage erlitten. Sie weichen in der Richtung Brodn zurück. Die Polen besetzen schon einen großen Teil der Bahnlinie Lemberg-Brodno. Infolge dieser Niederlage kam auch die südliche Front bis zu den Karpaten ins Wanken. Auch hier weichen die Russen langsam nach Osten.

Parole der Sowjetregierung für die russischen Arbeiter und Bauern.

Berlin, 3. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die rote Fahne meldet unter dem 2. September aus Stockholm: Aus Moskau werden folgende für die kämpfenden Arbeiter und Bauern Sowjet-Rußlands geltende Losungen gemeldet: Arbeitende, schlagt den Baron Wrangel! Der rote Soldat mit dem Bajonett, der Arbeiter mit der Arbeit, der Bauer mit dem Pflug.

Antibolschewistischer Aufstand in der Ukraine

Seltingfors, 1. September. (U.) Der Njagen Presse wird von zuverlässiger ukrainischer Seite mitgeteilt, daß die Unzufriedenheit unter den ukrainischen Bauern einen allgemeinen Aufstand verursacht hat, der den linken Flügel der roten Armee ernstlich bedroht. Die Bewegung entstand im Distrikt von Cherson und dehnte sich dann auf das Gouvernement von Kiew, Poltawa, Wolhynien, Zschathherinow und Cholm aus. Die Bauern folgen der Rekrutierungsanordnung der Bolschewiken nicht. Sie organisieren sich selber zu Truppenverbänden. Es werden Kämpfe bei Kiew und Odessa gemeldet.

Explosion auf einem russischen Schlachtkraftschiff.

Paris, 2. September. Nach einer Radiomeldung aus Helsingfors soll auf der Reede von Kronstadt an Bord des Sowjetschlachtkraftschiffes Moskwa Morgens eine Explosion eingetreten haben, durch die 130 Mann der Besatzung getötet worden seien. Das Schiff sei gesunken.

Bevorstehender Abbruch der russisch-finnischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 3. September. Nach einer Meldung aus Helsingfors sind die Friedensverhandlungen zwischen Finnland und Sowjetrußland in Dorpat auf einem kritischen Punkt angelangt. Die Schwierigkeiten wurden dadurch veranlaßt, daß die Russen für Finnland unannehmbare Forderungen in der Petschonga-Frage aufgestellt haben. Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Verhandlungen zum zweiten Male abgebrochen werden, ohne daß der Waffenstillstand erneuert wird.

Bedeutungsvoller Konflikt in der italienischen Metallindustrie.

Mailand, 1. September. (M. T. N.) In Verfolgung kommunistischer Ideen haben die Metallarbeiter von Mailand, Rom und Neapel zahlreiche Betriebe besetzt und rote Fahnen gehißt. In Mailand handelte es sich um 100 Werkstätten, in denen nach kommunistischen Ideen gearbeitet werden soll. Wie Corriere della Sera meldet, sehen die Arbeiter bereits ein, daß sie ohne Ingenieure nicht auskommen können. Die Fabrikleitungen haben jede Verbindung mit den Werkstätten abgebrochen und machen die Arbeiter für alle entstehenden Schäden haftbar.

Lugano, 2. September. (U.) Von den streikenden Metallarbeitern sind in Mailand jetzt etwa 280 Fabriken mit ungefähr 30 000 Arbeitern besetzt. Diese halten strenge Disziplin und halten Wachen innerhalb und außerhalb sowie auf den Dächern der Fabriken auf. In den Eingängen der Fabriken, auf den Dächern und Fabrikshornbleinen wehen rote Fahnen. Bisher hat sich kein ernstlicher Zwischenfall ereignet. Die Bewegung hat sich auch auf Rom und Neapel ausgedehnt. In der Umgebung von Rom wurden fünf Fabriken, in Neapel das Eisen- und Stahlwerk von Armstrong von den Arbeitern besetzt.

Mailand, 2. September. Die technischen Leiter sind wieder in die Betriebe zurückgekehrt. Die Arbeiter haben ebenfalls die Arbeit wieder aufgenommen. Die Industriellen haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt, falls die Arbeiter die Werkstätten wieder freigeben und normale Zustände wiederhergestellt werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Termin für den Zusammentritt des Reichstags.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung nimmt die preussische Landesversammlung ihre Arbeit am 15. September wieder auf, während der Reichstag erst am 18. Oktober wieder zusammentritt.

Lohnerhöhung als Ausgleich für den Steuerabzug.

In der Stadtverordnetenversammlung in Hana gelangte ein Antrag der Sozialdemokraten zur Annahme, der sich gegen eine Uebernahme des Steuerabzugs auf die Stadt, aber für eine zehnprozentige Lohnerhöhung aller städtischen Angestellten und Arbeiter bis zu 15 000 Mk. Einkommen ausspricht. Man hofft, daß infolge dessen der Streik der städtischen Arbeiter sein Ende erreichen wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Noll in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Viller, Vorshof-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchverlagsgesellschaft, Leipzig.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukiro! 1000000 mal bewährt
Preis M. 2.50. In Apotheken und Drogerien erhältlich
König Salomo Apotheke, Grimmaische Str. 17.



Von vielen Reifen,
die angeboten werden,
wird bestimmt einer
Sie nicht enttäuschen —
dafür bürgt sein Name —

Continental

Reifen

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Sonntag, den 5. September 1920, früh 9 Uhr

Außerordentl. Generalversammlung

im Volkshaus, Zeißer Straße 32, großer Saal.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlung von Moskau. Aussprache dazu.
2. Die Aufgaben der Landesversammlung. Referent: Genosse Biedmann.
3. Anträge zur Landesversammlung.
4. Wahl der Delegierten zur Landesversammlung.
5. Aufstellung der Kandidaten zur Volkskammer.

Zutritt nur gegen Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet.

Für Dienstag abends 6 Uhr ist die Fortsetzung der Generalversammlung ebenfalls im Volkshaus vorgesehen.

Der Hauptvorstand: Johann Scheib.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Freitag, den 10. September 1920, abends 7 Uhr

Große Mitglieder-Versammlung

im Saale vom Gutenberg, Johannisgasse 19/21, Hof I.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Frau von heute“. Referentin: Genossin Bloßke. 2. Aussprache hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert einen vollständigen Besuch speziell unserer Genossinnen und deren Töchter. Eingeladene Gäste sind willkommen.

NB. Der Bezirk Osten vom Ortsverein „Alt-Leipzig“ wird von folgenden Straßen und Plätzen umgrenzt: Banziger Platz, Döner Weg, Lindestraße, Johannisallee, Hospitalstraße, Gerichtsweh, Grenzstraße, Untere Kohlgartenstraße, Brandenburger Straße, Georgi-Ring, Augustusplatz (Südseite), Kohlgas, Kurringstraße und Windmühlentrage 1-49 und sind alle innerhalb dieser Umgrenzung wohnenden Mitglieder verpflichtet, zu unseren Veranstaltungen, welche an dieser Stelle oder unter „Parteiangelegenheiten“ veröffentlicht werden, pünktlich und regelmäßig zu erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Belgershain u. Umg. Sonnabend, 4. September 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Galkhof zur Eiche, Belgershain. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Kirche und die soziale Frage. Referent: Gen. Wolf, Leipzig. 2. Diskussion hierzu. 3. Verschiedenes. Anwesenheit aller Mitglieder mit Frauen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Eythra. Sonnabend, den 4. September 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Gute Quelle. Es ladet ein Der Vorstand.

Gohlis. Sonnabend, den 4. September 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Viktoria-Haus. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Redakteur Genosse Fichte. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Hähnchen-Lübchena. Sonnabend, 4. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Kasino. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Kleinzißhauer. Sonnabend, den 4. September 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Terrasse. Tagesordnung: 1. Matinee. 2. Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Kraußberg, Kraußhain, Hartmannsdorf u. Umg. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Matscher. Tagesordn.: 1. Finanz- und Steuerverhältnisse. Referent: Genossin Pfotko. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Sonntag, 5. September, Sommer- und Kinderfest, Abmarsch 12 Uhr Fortschauwiese. Kraußhainer Genossen, Abmarsch 1 Uhr Galkhof zur Mühle. Der Vorstand.

Lindenhof. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Alten Galkhof. Tagesordnung: Die Klassenkampftheorie. Referent: Genosse Wutke, Leipzig. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Banisch u. Umg. Sonnabend, den 4. September, abends 7-9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Siegemann. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Probtzsch. Sonnabend, den 4. September 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Sankt. Tagesordnung: Genosse Fielesner spricht über: Das Wostauer Bistum. Zu dieser wichtigen Versammlung müssen alle Mitglieder erscheinen. Der Vorstand.

Schönau u. Umg. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Neuen Galkhof. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Stötteritz. Morgen Sonnabend, den 4. September 1920, Nachtausflug mit Musik und Lampions. Treiben hierzu abends 7 Uhr Schmutzplatz, Weitzstraße, Endstation der Straßenbahn. Nicht für Lampions und mitzubringen. Der Ausflug findet auch bei unangünstiger Witterung statt, da Vorkehrungen getroffen sind, die dieses möglich erscheinen lassen.

Nächste Mitgliederversammlung Sonnabend, den 11. September, abends 8 Uhr, in der Aula der 29. Volksschule, Weitzstraße. Vortrag des Herrn Lehrer Richter, L.-Gohlis. Voranzeige. Sonnabend, den 30. Oktober 1920, Grosser Kunstabend im Löwenpark.

Zwenkau. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Galkhof Goldner Adler, Zwenkau. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die politische Lage. 2. Vereinsangelegenheiten. -- Die Generalversammlungsverteilerkarten werden hier ausgeben.

NB. Sonntag, den 5. September, Ausflug nach Eythra. Sammeln am Sportplatz (Eichholz), Abmarsch 2 Uhr. Katernen für Kinder müssen mitgebracht werden. Etwasige Anmeldungen zu demselben werden in der Mitgliederversammlung noch entgegen genommen. Um recht zahlreiche Beteiligung, nicht nur bloß zum Ausflug, sondern auch zur Mitgliederversammlung bittet. Der Vorstand.

Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig, e. V. Sonnabend, den 4. September, abds. 7-8 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus. Dienstag, abds. 7-8 Uhr Baden im Nordbad. Anmeldungen können dort erfolgen.

Leutzsch, Turnverein Jahn (E. V.) Freitag, den 3. September Vereinsversammlung Sonnabend, den 4. September Abendausflug nach Burghausen. Abmarsch 7 Uhr vom Vereinslokal. Es ladet freundlichst ein Der Turnrat.

Freireligiöse Gemeinde Leipzig. Sonntag, 5. September, vormittags 10 Uhr, Frauenberufsschule, Schillerstr. 9: Erbauung.

Junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Burschen und Mädels! Die Klassenbewusste Arbeiterjugend demonstriert am 5. September für die Jugendinternationale! für die Weltrevolution!

Sie ruft Euch auf für Sonntag, den 5. September, nachmittags 1 Uhr, zu einer **Massenversammlung** vor dem Neuen Rathaus. Referent: H. Müller, Berlin. Kommunistische Arbeiter-Jugend Leipzig (K. A. J.).

Metallarbeiter Verband

Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, alle Mitglieder zu unterstützen und zu fördern. Die Beiträge sind pünktlich zu zahlen. Bei Nichtzahlung werden die Rechte des Mitglieds suspendiert. Der Vorstand.

Bauschlosser und Konstruktionsarbeiter. Mittwoch, den 8. September, abends 7 Uhr, Vortragsmänner-Sitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 1. Das Erscheinen aller Vertrauensleute, Betriebsräte und Osmänner ist dringend notwendig. Alle Betriebe müssen vertreten sein. Die Krankenkasse.

De Voorde Patent-Pfeife

Federleicht! Gewicht compl. c. 35 Gramm.

25X langsamer als der gewöhnliche Pfeife verleiht durchsichtiger Rauch das weiche, kühlende Aluminium-Rauchrohr an dessen Innenfläche sich die heißen, feuchten Verbrennungsdämpfe (Abgas) kondensieren, trocknet, passiert den kühlenden Diffuseur, gelangt kühl u. trocken in das Rauchrohr.

DE-VOORDE-PATENT-PIPE-CO. BREMEN - HUMBOLDTSTRASSE 91

Messstand: Modehaus Polich, Stand 59 und 60.

Kaufgeuche

Kaufe Heir.- u. Dam.-Garderobe allerh. Wäsche, Leibhausw., Färberei, Schuhe, f. a. Nachl. Nummer, Reichstr. 14, T. 11527

Herren-Gard., -nieder, u. neu, Wäsche, Woll-, Seiden-, Leinw.-Schuhe usw. kauft a. reellen Preisl. Bahn, Kanne St. 10, 1.

Kaufe alles Garderobe, Bett- u. Leinw., Schuhe, Metalle, Lumpen, Leim, Wolle, Zeitungen. Kaufmann, Banerische Str. 15

Guterhaltenen Herren-Garderobe Militär-, Seiden-, Wäsche, Leibhausw., Schuhe, f. a. Nachl. Nummer, Reichstr. 14, T. 11527

Kaufe Militärsch., Hemd., Schuhe, Bettwäsche, Leibh., Uhren, Woll-, Kämm-, Mandolin, Kappo, Nürnberg, Str. 11 u. 29.

Herren-Garderobe, Militär-, Seiden-, Wäsche, Leibhausw., Schuhe, f. a. Nachl. Nummer, Reichstr. 14, T. 11527

Bettwäsche, weiß u. bt., neu u. geb., Leibwäsche, Inlett, Leibhausw. kauft reell Sprei, Brühl 11, III. Bld., Wohnungszimmer b. mitbr. 2

Wäsche aller Art neu u. geb., Partiewaren, Gardinen f. Handia G. I. e. r., Rantstäd, Steinweg 48, Telefon 1312

Sofa, Bettstelle m. M., a. def. kauft Banerische Str. 64, II. r. Bettstelle m. M., Wäschekorb kauft Möllauer Str. 33, IV. l. Ein Kinder-Gitterbett m. M. zu kaufen gesucht. Preisoff. Weichler, Davidstr. 1b, V. r.

Grammophon mit Klappen kauft Banerische Str. 42, II. l. Kämm-gei. Nürnberg, St. 6, 9, II.

Herren- u. Damen-Rad o. Gu. f. R., Weidmannstr. 2, V. r. (an der Dresdener Straße)

Alle Fahrräder, defekt sowie alle Fahrradteile f. Groß-Feilwerkzeuge 22, V. d. r. Korb-Räderwaren, nebr., a. f. a. Stb., Papiermühlstr. 40, I. r.

Briefmarkensammlung z. k. ges. Bretzsch, u. J. 73 Exp. d. Bl.

Gold- und Silberwaren Alte Münzen kauft laufend auch Sonntags bis 3 Uhr **Erich Witzke** Schönefeld, Schilpe 1, Ecke Schmidt-Rühl-Strasse

Pistolen 08 Mauser Brownings usw. kauft **Albert Hoppe** Waffenhdlg., Plagwitz Zschocherscho Str. 33 Telefon 40902

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Familien-Nachrichten **Statt Karten!** Für die schönen Geldentf. u. Blumenpenden, die uns bei un. Beerdigung überwiesen wurden, sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank. Hans Albert u. Frau geb. Hillmann - Schönefeld

Familien-Nachrichten

Am 2. September früh entschied sanft nach qualvollem Leiden unser zweiter Sohn, unser braver **Herbert Strabel** Versicherungslehrling im Alter von 17 Jahren. Dies allen Bekannten zur traurigen Nachricht. Um stille Teilnahme bitten. **Familie Curt Strabel.** Einäscherung: Sonnabendfrüh 10 Uhr, Südfriedhof. Blumenpenden dankend abgelehnt.

Nach kurzem aber schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden verschied am Dienstagmorgen 5 Uhr die herzensgute und liebe Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Schwägerin **Martha Kroupa geb. Swietitz** im Alter von 28 Jahren. Die trauernden Hinterbliebenen sind **Rinder.** Du warst so lieb und gut zu jedermann. Du warst so fleißig und so arbeitssam. Ich hab das Glück nur kurze Zeit besitzen. Ich werd Dich nie und nimmermehr vergessen. Ruhe sanft, gute Nacht. **Witb. Luise.** Beerdigung Sonnabend, 12 Uhr, auf dem Lindener Friedhof.

Allen Bekannten die Nachricht, daß Frau **Sidonie Lehmann** am 31. August im Krankenhaus St. Jakob verstorben ist. **Max Bergk.**

Mittwochmorgen verschied nach langem schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schloßer **Karl Wilhelm** im 59. Lebensjahre. Sein offener und ehrlicher Charakter sichert ihm unter den Kollegen ein dauerndes Andenken. **Die Kollegen der Firma C. P. Görz Optische Anstalt, Leutzsch.** Die Beerdigung findet Sonnabend, den 4. September, vormittags 11 Uhr, von der Halle des Lindener Friedhofs aus statt.

Am 1. September verschied nach längerem Leiden, jedoch unerwartet, unser lieber, frohgemuter Sohn und Bruder **Walter Schnelle.** L. Gohlis, Magdeburger Str. 14, In tiefer Trauer **Familie Wilhelm Schnelle.** Beerdig. Sonnab., 4. Sept., 12 Uhr, Gohliser Friedh.

Dank. Allen lieben Verwandten, Bekannten, sowie Herrn Lehrer Schneider nebst Schülern und Herrn Pastor Dietrich für die erwiesene Teilnahme und Trost beim Heimange uneres lieben Sohnes **Georg** unsern herzlichsten Dank. **Lindenau, Weichler Straße 28, I. Familie Heisch.**

Dank. Für die vielen Beweise der Teilnahme und den reichen Blumenkranz beim Hinscheiden unres lieben, unergötlichen Kindes **Martha** sagen wir hierdurch allen Verwandten u. Bekannten herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Lehrer Weichler und ihren Klassenkameraden. Dank dem Männerchor zu Liebertwitz für den erhabenden Gesang und bereitwilliges Tragen zur letzten Ruhestätte. Auch Dank Herrn Wille für die tröstlichen Worte am Grabe. Dies alles hat unseren Dersent wohlgetan. **Liebertwitz, den 1. September 1920. Familie Emil Friedrich.**

Zurückgekehrt vom Grabe meiner teuren, unvergesslichen Gattin und Mutter **Frau Ida Wirth geb. Dähne** können wir es nicht unterlassen, allen lieben Verwandten und Bekannten für die erhabenden Beweise herzlicher Teilnahme bei der Bestattung zur letzten Ruhe unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Ferner vielen Dank für den reichen Blumenkranz. Dir aber, liebe Gattin und Mutter, rufen wir ein Gabe Dank! und Ruhe sanft! in Dein allzu frühes Grab nach. **Leutzsch, den 2. September 1920. Arndt Wirth und Sohn** zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Debatten auf der Reichskonferenz.

Donnerstag, den 2. September.

Bei Beginn der heutigen Sitzung liegen bereits 44 Wortmeldungen vor. Es wird beschlossen, die Redezeit auf eine Viertelstunde zu beschränken, es soll aber je ein Redner für und einer gegen die Annahme der Bedingungen für den Anschluß an Moskau zu Worte kommen.

Koenen: Die heute am lautesten gegen die Aufnahmebedingungen schreien, haben am allerwenigsten Anlaß dazu; denn hätten wir damals am Parteitage den Anschluß an Moskau beschlossen, so wären wir unter ganz andern Bedingungen aufgenommen worden. An grundsätzlichen Unterschieden bleibt zwischen uns und der dritten Internationale nicht mehr viel übrig. Für die Abschneidung der Bedingungen sind aber ganz andre Gründe ausschlaggebend. Man will jetzt aus andern Gründen den Anschluß an Moskau verhindern. Diese Bedingungen sind gar keine Bedingungen, sondern sie stellen nur die Voraussetzungen für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse dar. Die Bedingungen sollen einen Gesundungsprozeß der Partei in der Zeit der revolutionären Kämpfe herbeiführen. Es ist dasselbe, was wir auf dem linken Flügel von jeher vertreten haben. Wir kämpfen um die Mehrheit in der Partei, nicht aber für ihre Spaltung. Es muß dafür gesorgt werden, daß unsere Propaganda im Sinne unseres Aktionsprogramms geführt wird, was bisher nicht geschehen ist. Die Zentralisierungsbestimmungen in den Bedingungen sind so dehnbar ausgearbeitet, daß sie auch von uns angenommen werden können. Es ist notwendig, daß in der Internationale die Grundlage für eine einheitliche Aktion geschaffen wird. Weil es unsere Prinzipien sind, die wir immer vertreten haben, darum können wir die Bedingungen annehmen.

Ruhner: Ich habe schon ein Menschenalter vor den jungen Genossen, die jetzt die Bedingungen vertreten, auf dem äußersten linken Flügel der Partei gestanden. Es handelt sich jetzt aber nicht um die Bekämpfung des Revisionismus, sondern lediglich um eine Frage der Logik und des gesunden Menschenverstandes. Es soll nicht die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden, sondern man will die Diktatur einer Bruderpartei über die andern Parteien errichten. Man muß in dieser Situation auch den Mut haben, unpopulär zu sprechen. Es sind Punkte in den Bedingungen, die unannehmbar sind, weil sie eine Knechtung und Entwürdigung der Partei bedeuten. Der Weg zu neuen Verhandlungen ist leider durch den ultimativen Charakter der Bedingungen versperrt worden. Im Interesse der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse, im Interesse des revolutionären Proletariats müssen wir diese Bedingungen ablehnen. Wir müssen den internationalen Weg vorwärtsstreifen. Zunächst werden wir das leider ohne Moskau tun müssen, aber es ist vorzuziehen, daß die Moskauer doch noch zu uns kommen werden. Eine Spaltung der Partei würde nur eine Stärkung der Feinde der Arbeiterklasse bedeuten. Der Parteitag muß endgültig über diese Frage entscheiden, ihm haben sich die Bezirke und alle Parteigenossen unterworfen. Das Lenin über den Radikalismus als „Kinderkrankheit des Kommunismus“ geschrieben hat, das trifft auch hier vollkommen zu. Die Ansteckungskeime dieser Kinderkrankheit dürfen nicht übertragen werden auf die gesunden Teile des Sozialismus.

Kurt Geier: Bei dieser Diskussion muß unsere Stellung zu den brennendsten politischen Fragen in den Vordergrund gerückt werden, die organisatorischen Fragen spielen eine untergeordnete Rolle. Bisher ist das veräußert worden. Daher ist es notwendig, nach allgemeinen Worten zu sagen, ein revolutionärer Ausbruch ist auch für uns unmittelbar bevorstehend. Diktatur ist für die Diktatur des Proletariats, aber er will uns den Kampf nicht aufzwingen lassen, sondern die Arbeiterklasse soll sich den Zeitpunkt für diesen Kampf selbst aussuchen. Sollen wir den Kampf aber erst aufnehmen, wenn der Vertrag von Versailles nicht mehr besteht? Wir haben keinen Anlaß, vor dem Weltkriege zu stehen. Wir müssen uns vorbereiten, weil der Friedensvertrag von Versailles noch in Kraft ist. Wie die Russen der Gefahr ins Auge gefaßt haben, daß sie es nicht nur mit dem Imperialismus des eigenen Landes, sondern auch mit dem Imperialismus jenseits der Grenzen zu tun haben, so müssen auch wir jetzt handeln.

Der Angelpunkt der Weltpolitik ist der Kampf Sowjetrusslands mit dem Weltimperialismus, darum muß das internationale Proletariat diesen Kampf unterstützen. Die Blockade Polens muß durchgeführt werden, auch wenn dadurch der Friedensvertrag von Versailles verletzt wird. Von solchen Voraussetzungen ausgehend, erheben sich die Bedingungen für den Anschluß an Moskau als eine Selbstverständlichkeit, dann wird es auch möglich sein, den Sitz des Exekutivkomitees von Moskau nach Berlin zu verlegen, das Zentrum der Weltrevolution wird sich auch von Moskau nach Berlin verschieben.

Ledebour: Wir haben von den Befürwortern der Bedingungen bisher noch keine Darlegung ihrer Bedeutung erfahren. Als Genosse Ledebour die Befürworter der Bedingungen mit „Leute“ bezeichnet, wird er von ihnen härmlich unterbrochen, sie seien Genossen. Ledebour erwidert darauf: „Solche Leute, die mich aus der Partei ausschließen wollen, lehne ich als Parteigenossen ab.“

Er fährt weiter aus: Wir haben in der Unterstützung der Sowjetregierung alles getan, was überhaupt nur möglich war, und brauchen in dieser Beziehung nicht erst auf Anregungen zu warten. Bevor noch Däumig und Stöcker die Unterstützung der Sowjetregierung verlangt haben, haben wir sie schon praktisch durchgeführt. Es handelt sich jetzt darum, die Partei auszugeben, und sie zu einer Sektion einer internationalen Partei zu machen. Die Zentralisation ist lediglich eine organisatorische Frage. In Zeiten des Kampfes muß eine straffe Zentralisation und eine autoritative Leitung durchgeführt werden. Aber für die Zentralisation der Internationale fehlen alle objektiven Voraussetzungen. Die Bedingungen, die für die Zentralisation einer internationalen Partei in Frage kommen, sind nicht da. Sie liegen in den einzelnen Ländern ganz verschieden. Sollen etwa die Engländer mit denselben Mitteln die Weltrevolution durchzuführen versuchen wie es die Russen getan haben? Nur die Genossen der einzelnen Länder können darüber bestimmen, wie die Taktik im revolutionären Kampfe beschaffen sein soll. Die ökonomischen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind so verschieden, daß sich eine einheitliche und straffe Zentralisation in einer internationalen Partei gar nicht durchführen läßt. Wenn aber schon Zentralisation dann möchte ich schon Moskau mit Lenin und Trotzki an der Spitze, als Berlin mit Däumig und Stöcker. Es ist ein Unflut, von einer Zentrale aus die Bedingungen für den revolutionären Kampf für jedes einzelne Land vorzuschreiben. Wenn wir diesen Zeug annehmen, so würde unsere Bewegung in einem Vierteljahr kaputt sein. Ich bewundere den Mut der Däumig und Stöcker, wenn sie jetzt sagen, die Anschlußbedingungen seien so gar nicht so schwer, trotzdem doch die Namen der vor allen Dingen Ausschließenden genannt werden. Ich bin der erste, der ausgeschlossen werden soll. Ich bin nie davorn zurückgetreten, unter Einsetzung meines Lebens Opfer für die Bewegung zu

bringen. Von Däumig kann man das nicht behaupten. Däumig hat sich am 6. Januar 1919 in der entscheidenden revolutionären Situation von der Aktion gedrückt. Das einzige Vergehen, wegen dessen ein Ausschluß aus der Partei erfolgen könnte, ist der Disziplinbruch im politischen und revolutionären Kampf. Diesen Disziplinbruch hat Däumig begangen und darum hätte er damals schon ausgeschlossen werden müssen. Es hat mich in tiefster Seele empört, daß ein solcher Mann Bedingungen verteidigt, die meinen Ausschluß fordern. Ein solcher Mann, der zu selbe war, in der entscheidenden Situation seinen Mann zu stehen, ein solcher Mann, der bewiesen hat, daß ihm im entscheidenden Augenblick der Mut und die Verantwortlichkeit gefehlt haben. Ich habe niemals die Taktik der Volkswirtschaft kritisiert, aber ich muß zurückweisen, daß die Volkswirtschaft andern Ländern ihre Taktik aufzwingen wollen. Die Mittel, die von den Befürwortern der Bedingungen angewandt werden, sind eine Nachahmung der Moskauer Methode. Ich bekämpfe sie als reaktionäre Methode auf Leben und Tod. Es handelt sich hier nicht um eine Opportunität der Theorie, sondern der Taktik. Die Volkswirtschaft haben den Großgrundbesitz nicht sozialisiert, sondern zerschlagen, sie haben keine sozialistische Agrarreform durchgeführt und gerade dadurch die Verwirklichung des Sozialismus verhindert. Diese Leute, die eine hoch gefährliche antisozialistische Politik in ihrem eigenen Lande geübt haben, die können nicht beanspruchen, daß sie die Leitung für eine zentralistische Internationale übernehmen und andern Ländern die Bedingungen des revolutionären Kampfes vorschreiben. Es geht jetzt um das Bestehen der Partei und ich werde dabei meinen Mann stehen. (Stürmischer Beifall.)

Deloner-Halle bestreitet, daß die Bedingungen bedeuten, die Partei müsse sich unter die kommunistische Partei Deutschlands beugen. Deloner wendet sich gegen Dittmanns Ausführungen über Sowjetrussland. Er verweist auf die ganze Situation der Gegenwart und meint unter Hinweis auf die Kitzbühner Affäre, daß eine straffe Zentralisation nötig sei. Der ganze halbesche Bezirk arbeite in dem Sinne, daß gemeinsam mit der Arbeiterschaft und den „Bonzen“ alles erledigt werde. Es dreht sich für uns nicht darum, Personen aus der Partei hinauszujagen, sondern eine möglichst straffe Zentralisation zu schaffen.

Dittmann: Die Partei steht vor ihrer Schicksalswende. Auch die dem Tode Geweihten haben das Recht, ein Wortchen mitzureden. Mit den Begriffen „Reformismus“ und „Revolution“ wird die ganze Sache gar nicht richtig bezeichnet. Die Moskauer wollen nicht die Zusammenfassung, sondern die Zerlegung des revolutionären Weltproletariats. Das ist das Schwerkrieg ihrer Agitation. Dittmann verbreitet sich auch über die Stellung der Moskauer zu den Gewerkschaften, die als gegenrevolutionär bezeichnet werden. Er wendet sich entschieden gegen die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaftsinternationale“ und setzt auseinander, was man in Deutschland im allgemeinen unter „gelben“ Gewerkschaften versteht. Wer unsere internationale Solidarität bezweifelt, der soll sich erst einmal klar werden über die Erfordernisse einer internationalen Solidarität. Dittmann kritisiert die Kopenhagener Metallarbeitertagung, die die proletarische Solidarität praktisch in Angriff genommen hat, trotzdem aber ebenfalls als „gelbe“ bezeichnet wird. Die Arbeiter Englands, Frankreichs und Amerikas spielen eine entscheidende Rolle in den kommenden Kämpfen. Dittmann verbreitet sich auf Grund seiner persönlichen Befriedungen mit Protesten der andern Länder über das Kräfteverhältnis des Proletariats in den Ententeländern und beweist, wieviel dort noch zur Vorwärtsbewegung des Proletariats zu tun ist. In Italien haben sich die Arbeiter zu Tode gestreift, so daß heute die Reaktion stärker als je sei. Die englischen Arbeiter lehnen es entschieden ab, sich den Moskauer Kampfmethoden anzuschließen. Wir haben die Pflicht, die sozialrevolutionären Parteien aller Länder zusammenzufassen. Durch die Moskauer Bedingungen wäre das völlig vereitelt. Wir lehnen diese Bedingungen ab, die kein Mensch akzeptiert, der noch auf Selbstachtung hält. Wir haben begründete Vermutung, daß hinter diesen Bedingungen die deutschen Parteiführer stehen. Dittmann wendet sich zum Schluß nochmals eindringlich und lebhaft gegen den Anschluß. (Lebhafter Beifall.)

Reich-Hamburg bestreitet Dittmanns Behauptungen, daß deutsche Genossen hinter den Moskauer Bedingungen stehen. Dafür fehle jeder Beweis. Er erklärt, daß es in Hamburg keine Meinungsverschiedenheiten über den Anschluß gäbe. (Es entspinnt sich eine heftige Diskussion zwischen Dittmann und dem Redner über dessen Beitritt zur Unabhängigen Partei.) Die neuen Verhältnisse zwingen dazu, sich auf einen neuen Boden zu stellen. Ich bin überzeugt, daß die Massen der Partei sich für Moskau entscheiden. Wenn unsere Partei in die dritte Internationale eintritt, werden wir dort sehr Uebereinstimmung haben und können das abändern, was uns nicht gefällt. (Zuruf: Da kennen Sie die Russen schlecht.) Wir sind bereit, den revolutionären Kampf trotz der Staatsanwaltschaft aufzunehmen, um desto eher die soziale Revolution vorwärts zu treiben. Redner acht auch auf den Hamburger Parteikonflikt und die Person Wilhelm Herzogs ein. Es sei nichts bewiesen gegen Herzog, deshalb habe man bis jetzt keine Ursache gehabt, ihn zu entfernen.

Genossin Zieh: Ich bin verwundert, von den Befürwortern der Bedingungen zu hören, daß wir bei einem früheren Beschluß des bedingungslosen Anschlusses heute besser dastünden hätten. Uns wäre es dann aber wohl so ergangen wie den Amerikanern und Bulgaren. Nur Sklavenseelen können den Bedingungen zustimmen, denkende Menschen nicht. Man versucht, dies als Antimilitarität oder Feindselbstheit gegen Russland darzustellen. Das ist eine absichtliche Verschlebung der Tatsachen. Wenn wir würdevoll anrufen wären, uns den Moskauer Bedingungen zu unterwerfen, so müßten wir uns fürderhin allen Parolen fügen, welche uns aus Moskau, wo jeder Einblick in die deutschen Verhältnisse leicht, rausgegeben werden. Bei Anerkennung des Anschlußverfahrens der 3. Internationale würde eine unerhöhte Korruption der Partei eintreten. Ebenso würde die geistige Regsamkeit der Mitglieder erschüttert werden. Einfach ist es wohl, der Moskauer Zentrale das Denken und die Verantwortung für den Kampf zu überlassen, aber das deutsche Proletariat wird diese Verantwortung nicht dulden und als unmöglich abweisen. Die Delegation hatte zu verhandeln auf Grundlage der Autonomie unter Partei. Gilt das heute nicht mehr? Der Geist läßt sich nicht terrorisieren. Es ist nur eine Konsequenz, daß wir bei Annahme der Bedingungen auch den Namen aufgeben müssen, denn dann sind wir keine Unabhängige Partei mehr. Der Name unserer Partei ist ein Programm.

Dahlem: Dittmann habe kein wahres Bild von Russland entworfen. Die Aufsätze, die Cadin und Trotski in der Humanität veröffentlicht haben, geben ein anderes Bild. Zwischen Sowjetrussland und dritter Internationale bestehe kein Unterschied. Weiter zitiert Dahlem Bruchstücke aus Aufsätzen von Cadin und Trotski in der Humanität, welche sich anerkennend über Russland äußern. Die Zentrale habe die Leipziger Beschlüsse sabotiert. **Levi Sender:** Die Partei steht vor der schwersten Krise. Die Frage sei nicht: Für oder gegen Moskau, sondern es handle sich

um die gestellten Bedingungen. Wir haben immer proletarische Solidarität ausgeübt. Wir müssen uns auf die Todesursache der zweiten Internationale beziehen. Sie ist zugrunde gegangen, weil die einzelnen Zweige verfaul sind. An bindenden Beschlüssen habe es nie gefehlt. Es ist notwendig, die uns vorgelegten Bedingungen ernsthaft zu prüfen. Es ist interessant, daß auch Serrati den Bedingungen seine Zustimmung verweigert habe. Wir müssen die russischen Verhältnisse untersuchen, um daraus zu lernen. Mit dem bloßen und blinden Bewundern sei nichts erreicht. Auf Grund der russischen Erfahrungen könne keine internationale Taktik abgeleitet werden. Schon die Tatsache, daß in Russland nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung organisiert sei, weist auf eine völlige Verschiedenheit der Bedingungen hin. Wir brauchen in Deutschland eine Massenpartei. Unsere eigenen Erfahrungen sollen uns vor der Unterwerfung unter eine Zentrale warnen. Wir haben uns nie für den Versailles Frieden eingesetzt, aber wir können auch nicht mit einem Saltomortale darüber hinwegspringen. Wie man in Moskau den Zentralismus aufsucht, das beweise der Punkt 21, welcher von vornherein den Ausschluß derjenigen verlange, welche die Bedingungen nicht anerkennen.

Düwell bestreitet der Genossin Sender gegenüber, daß der Paragraph 21 der Bedingungen es ausspricht, daß alle Delegierten die sich gegen den Anschluß wenden, ausgeschlossen werden sollen. Wir wissen genau so gut wie die Genossin Sender, daß wir in Deutschland ganz andre Verhältnisse haben als in Russland. Im Organisationsstatut der dritten Internationale ist ausdrücklich vorgelesen, daß nicht alle taktischen Fragen der einzelnen Länder vorgeschrieben werden. Redner verweist auf Crispiens Programmrede auf dem Leipziger Parteitag, zitiert Stellen daraus, die beweisen, daß Crispien damals ausgesprochen hat, was jetzt von Russland gefordert wird. Düwell zitiert auch die Rede Fajne vom Donnerstag, in der die Rednerungen Dittmanns und Crispiens über den Zentralismus, die sie in Moskau abgaben, wesentlich abweichend von dem, was sie hier sagen. Nach Einspruch Dittmanns muß Genosse Düwell den ganzen Passus verlesen. (Zischen, Anrufe der Verammlung.) Zum Problem des Terrors sagt Düwell, daß doch auch bei uns schon manches geschehen sei, was dem Terror sehr nahe komme.

Eichhorn bemerkt zur Geschäftsordnung, daß die Freunde des Anschlusses beim Sprechen stetig vom Vorstandssitz mit Zwischenrufen unterbrochen werden. Heute entgegnet Eichhorn, daß man sich nur der Angriffe erwehren habe.

Abolf Hoffmann unterstützt Eichhorn in seiner Kritik der Disziplin und bringt weitere Beweise für unparlamentarische Ausdrücke, mit denen Redner belegt worden sind.

Genossin Zieh verteidigt diesen Angriffen gegenüber die Geschäftsführung.

Henke-Bremen weist Düwell gegenüber darauf hin, daß der § 21 der Bedingungen ganz eindeutig sei. Es handelt sich hier um die Frage, sollen wir uns einer Internationale anschließen, deren Bedingungen von einer Partei, die die Staatsgewalt ausübt, die alle Mittel des Staates zur Anwendung bringt, stipuliert sind. So lautet die Frage, und nicht anders. Es wird doch selbst indirekt zugegeben, daß eine ganze Reihe von Parteien in die dritte Internationale auch bereits aufgenommen sind, die sehr stark mit reformistischen Elementen durchsetzt sind. Kautsky zitiert ja in seiner Broschüre Auslassungen der führenden Russen aus dem Jahre 1917, die völlig dem widersprechen, was die Russen als bindende Verpflichtungen verlangen. Wenn sie selbst solcher entscheidenden Wandlungen unterliegen, was gibt ihnen das Recht, mit diktatorischer Bestimmtheit die Unterordnung unter ihre Thesen zu fordern? Die kommunistische Partei will uns zwingen, auf ihrem Boden zu treten. Aber will mir das Gegenteil beweisen? Wo ist Wah für die Tätigkeit andersdenkender Genossen über einzelne Fragen der Gewerkschaften und dergleichen? Däumig, Stöcker, Geier und andre sind bis jetzt in unserer Partei als verkappte Kommunisten tätig gewesen. Sie haben längst zur kommunistischen Partei gehört und deshalb haben sie auch hinter dem Rücken der Partei gegen die Partei gearbeitet. Koenen meint, in der Praxis kommt es ganz anders. Aber was haben wir in der Praxis erlebt? Die Genossen Koenen und andre sind die ganze Zeit im Lande herumgereist und haben auf jeden Buchstaben des Leipziger Programms gepöcht. Es würde eine Selbstentwürdigung sein, wenn wir uns diesen Bedingungen fügen würden. Alles, was in der Arbeiterschaft zusammengehört, muß zusammengeführt werden. Das ist der Fortschritt der Arbeiterbewegung, auch für die Weltrevolution. Wer alles ignoriert, was sich außer Russland vollzieht, der leistet der Weltrevolution einen schlechten Dienst. Wir müssen die Bedingungen ablehnen, so erweisen wir der Weltrevolution den besten Dienst. (Bravo.)

Nachmittagssitzung.

Genossin Zieh eröffnet um 1/4 Uhr die Sitzung. Der Vorstand schlägt vor, den Nachmittag noch mit der Diskussion auszufüllen und Freitagvormittag die Schlussreferate entgegenzunehmen.

Böttcher (Stuttgart): Die Frage der Internationale ist die Frage der Revolution. Deutschland braucht eine feste revolutionäre Führung. Der internationale Kapitalismus ist durch die Zerrüttung des Krieges zum Weltkapitalismus umgewandelt worden. Den Bedingungen der Weltrevolution gleichen sich an den Zentren immer mehr aus. Die heute noch verschiedenen Voraussetzungen werden von der dritten Internationale nicht verkannt. Da man sich mit den Grundfragen der dritten Internationale einverstanden erklärt habe, so könne man doch unmöglich glauben, daß die Führer dieser Internationale gegen die Tatsachen blind sind. Man hat durch Herausgreifen der Agrarfrage den Russen Opportunismus vorgeworfen, aber es sei ein Unterschied zwischen Opportunismus vor und nach der Revolution. Der Kampf gegen die dritte Internationale werde geführt von der Leipziger Volkszeitung, die logisch nach Erscheinen der Bedingungen den Ruf nach einer vierten Internationale erhoben haben. Wer jetzt der weißen Garde Material gegen Sowjetrussland liefert, begehe Hochverrat. Die russischen Volkswirtschaften selbst immer mit Offenheit über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen. Wir werden immer den Machenschaften für eine vierte Internationale entgegenzutreten, wo auch immer von ihr gesprochen wird.

Silberding: Bei der Beantwortung der Frage der Internationale müsse jede Personensache ausgeschlossen werden. Aber das darf nicht dazu führen, daß man verschweige, was mit den Bedingungen verbunden ist. Die Delegation sei vor ihrer Abreise darin einig gewesen, daß die Verhandlungen in Moskau nur unter Wahrung der Autonomie der Partei zu erfolgen hätten. Die Bedingungen der dritten Internationale schalten jede geistige Betätigung der Massen aus. Alle Verlage, alle Zeitungen unterstützen eine Zentrale und diese wieder einer illegalen Instanz. Es handle sich jetzt um eine Frage der Organisation, mit deren Hilfe die revolutionären Bewegungen allein zu einer Massenbewegung zu machen sind. Sonst geht die Verbindung mit den Massen verloren. Genosse Däumig hat eine theoretische Rechtfertigung von uns verlangt. Ich frage, ob die asiatische Bewegung theoretisch so weit fortgeschritten ist. Es ist konterrevolutionär, die sozialistischen

Parteien zu spalten. Man hat uns falsches Verhalten während der Kapptage vorgeworfen. Die russische Emittija hat damals selbst eine verächtliche Stellung zu der neuen Regierung vorgenommen. Die Bestimmung unserer Politik darf uns nicht aus der Hand genommen werden. Ueber die Politik eines Zusammenstoßes mit Rußland zum Krieg gegen die Entente werde ich viel diskutieren. Diese Idee findet bereits Unterstützung. Soll aber in solcher ungewöhnlich wichtigen Frage die deutsche Arbeiterklasse von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden? Sollen wir die deutschen Arbeiter von der Aufklärung über diese abhalten? Ich fürchte, daß die russische Revolution im dialektischen Prozeß umschlägt in die Förderung der Konturrevolution. Wir dürfen nicht auf die russischen Bajonette schauen, sondern auf die Dekonomie. Die Helfer der Konturrevolution stehen in England und Deutschland. Jeder Sozialist müßte sich aufheben gegen die russischen Bedingungen. (Starker Beifall.)

Abolf Hoffmann: Der Arbeiter hat begriffen, daß es um seinen Kopf und Kränge geht. Er hat begriffen, daß eine geschlossene Internationale der Arbeiterklasse notwendig ist. Genosse Hilsberg hat gefragt, wie sich die Massen verhalten werden. Diese sind für den Anschluß. Wir müssen uns vor einem neuen vierten August sichern. Auf diese Erwägung seien die Bedingungen der dritten Internationale zurückzuführen. Ich habe dem Terror nie das Wort geredet, aber wie die weitere Entwicklung verlaufen ist, werden die Massen über den Kopf der Parteiführer hinweg ausführen. Es kommt nicht auf den Namen einer Partei an, sondern auf das, was dahinter steht. Das Parteiprogramm sei nicht ausgeführt, sondern unterbunden worden. Wir erleben heute Einspruch gegen die öffentliche Kritik an den russischen Zuständen. Ich habe die größte Verehrung für Kautsky. Ich verdanke ihm meine ganze sozialistische Schulung. Aber Kautsky ist den russischen Genossen durch seine Schrift in den Rücken gefallen. Hoffmann habe damals Kautsky vor der Veröffentlichung gewarnt. Wir müssen es anerkennen, daß sie jetzt an der Front und im Hinterland eine außerordentliche sozialistische Propaganda entfalten. Wenn die Frage vornehmlich als Frage für oder gegen die Bedingungen behandelt worden wäre, hätte die Debatte unmöglich diesen Verlauf nehmen können. (Beifall.)

Wost (Leipzig): In dem Absatz 7 wird immer unerklärt der Hinweis auf Kautsky und Hilsberg gefordert. Die Bedingungen räumen einer Zentrale das uneingeschränkte Ausschlußrecht ein. Darüber könne man doch nicht hinweggehen. In der Rede Däumigs und noch deutlicher in der Rede Geners waren Gedankenansätze enthalten, die sehr verwandt sind mit Auffassungen, die in letzter Zeit wiederholt in der roten Fahne aufgetreten sind. Ich möchte Ihre Tendenz als Halbnationalsozialismus bezeichnen. Wir sollen uns heute ausgehungert in einen Waffenkampf mit Frankreich stürzen. Solche Forderung ist in diesem Augenblick ein Verbrechen. In der nächsten Zeit werde um die Seelen der Arbeiterklasse gekämpft werden. In diesem Kampfe erwarte ich von dem Zeitungsdienst eine durchaus objektive Haltung. (Starker Beifall.)

Eichhorn weist den törichten Gedanken zurück, als ob es den russischen Kommunisten darauf ankäme, die deutsche Arbeiterklasse in den Krieg gegen die Entente zu treiben. Das Gespenst des Nationalsozialismus macht auf mich seinen Eindruck, er wird von den Kommunisten selbst aufs Schärfste abgelehnt. Eichhorn schildert das Verbot der ersten und zweiten Internationale. Das Verbot der zweiten Internationale am 4. August 1914 beruhte wohl nicht allein auf der Autonomie, sondern auf ihren faulen Teilen. Aber hätten wir eine starke Zentralfunktion damals gehabt, so hätte man viel früher die zweite Internationale reinigen oder umbilden können. Hilsberg akkreditiert das Ausnahmegeleit. Gerade da war alles straff zentralisiert aufgebaut. (Zurufe!) Eine illegale Organisation wie sie damals bestand, konnte gar nicht anders als zentralisiert organisiert sein. Ich war auch bis 1910 noch für die Autonomie der einzelnen Parteiorganisationen und habe Rosa Luxemburg und Liebknecht deswegen bekämpft. Aber die Revolution hat uns das Gegenteil gelehrt. Wir brauchen eine Zentrale der Gewalttat, die Parteien ausschließt, die sich nicht fügen. Ich spreche die neue Internationale nicht als eine Art Seminar für Erforschung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie es die zweite Internationale war, sondern als eine Kampforganisation an. Eichhorn wendet sich ebenfalls gegen die Darstellung der russischen Zustände, die der antibolschewistische Liga auf ein Jahr Stoff gäben. Wenn wir eintreten, haben wir mitzubestimmen. (Einspruch Dittmanns.) Man darf nicht über alle diese Dinge stolpern. Man muß einfach den Verstand sprechen lassen in solchen revolutionären Zeiten. Eichhorn weist darauf hin, daß auch in der alten Partei der Parteivorstand sich die Kontrolle über die Parteipresse vorbehält. In der Praxis sind solche Dinge eben Selbstverständlichkeiten. Man kann nur solange in einer Partei sein, als man ihre Grundzüge anerkennt. (Stärkliche Zustimmung von allen Seiten.) Diese Bestimmungen werden uns nicht davon abhalten, zur dritten Internationale zu gehen. (Lebhafter Beifall.)

Breitfeld meint, daß die Reden von beiden Seiten nicht mehr überzeugen könnten. Es sei also gleichgültig, aufgeregt oder weniger aufgeregt zu diskutieren. Es muß aber betont werden, daß die internationale Solidarität seit sehr von uns gewahrt worden ist und immer gelbt werden wird, gleichviel, wie wir theoretisch zu Sowjetrußland stehen. (Sehr richtig!) Die Vertiefung dieser internationalen Solidarität gegenüber Sowjetrußland muß uns aber überlassen bleiben, die müssen wir selbst bestimmen. (Sehr richtig!) Wir glauben der Sowjetrepublik den besten Dienst zu erwiesen, wenn wir ausführlich und freimütig Kritik üben. Das wäre eine traurige Internationale, die die freie Kritik unterbinden würde. Obwohl ich selbst wahrscheinlich auf dem Altar der dritten Internationale geopfert werden soll, so betone ich doch auch hier, was ich immer betont habe, daß wir mit den russischen Kommunisten zur Einigung kommen müssen. Aber wenn wir diesen Bedingungen entsprechen, dann leisten wir der deutschen Revolution nicht den Dienst, den wir ihr nach unserer Einsicht leisten müssen. Die Bedingungen sind nicht abzuschwächen, sie sind ultimativ. Breitfeld ist überzeugt, daß die Deutschen strengere Bedingungen erhalten haben als beispielsweise die Franzosen. Die Russen haben eine deutsche Revolution nach ihren nationalen Erfordernissen nötig, die sie selbst gestiftet und schließlich von Moskau leiten wollen. Ich habe für Würde, für Namen und Embleme nicht viel übrig. Es kommt einzig und allein darauf an, ob die Dinge einen Fortschritt für die Revolution bedeuten. Und das kann ich hier nicht anerkennen. Es handelt sich nicht um die Würde, sondern um den Einsatz und wir würden uns in Moskau immer in einer hoffnungslosen Minderheit bleiben. Auch der Anschluß wird der Revolution nicht dienen. Breitfeld nimmt Kautsky warm in Schutz gegen die Vorwürfe, daß er welcher Konturrevolution sei. Auch unsere Revolution muß aufgebaut sein auf Wissenschaft und Theorie. Ich wünsche die Beantwortung der entscheidenden Frage: Anerkennen die Anhänger der dritten Internationale die Diktatur des Proletariats, so wie sie in Rußland ausgeübt wird? Denn dort herrscht nicht die Diktatur des Proletariats, nicht die der kommunistischen Partei, sondern die Diktatur einiger weniger Führer. Das mag gut oder schlecht sein, das ist aber so. Es ist nicht nur der Revolutionär, der diese Bedingungen unbedingten schließt, der revolutionäre Charakter einer Partei hängt davon ab, was man in seinem Lande unter Einsetzung aller Opfer zu tun gewillt ist. (Lebhafter Beifall.)

Brah-Remscheid steht auf dem Standpunkt, daß es keine Unmöglichkeit geben kann. Wenn wir als revolutionäre Partei gelten und unsre Pflicht tun wollen, müssen wir über kurz oder lang zu einem Verhältnis mit der 3. Internationale kommen. Wenn die Russen bei diesen Bedingungen die Weisheit haben fehlen lassen, die ich sonst an ihnen bewundere, so ist es doch durchaus möglich, daß die Russen aus ihren Verhältnissen heraus zu einer solchen Beurteilung gekommen sind. Wir haben festzustellen, was an diesen Bedingungen auszuführen ist. Rußland handelt auf Grund von Erfahrungen, die es in der Revolution gemacht hat.

(Zuruf: In der russischen?) Nein, auch in der deutschen. Die Kommunisten sind geblieben von ihrer Taktik und haben sich unsern Standpunkt entschieden genähert. Mit dem Generalstreik allein erreichen wir nicht die politische Macht. Wir müssen uns auch darüber klar werden, daß wir bei den Endkämpfen um den bewaffneten Aufstand nicht herumkommen. Braß stellt fest, daß die Konsequenzen für diese Anschauung bis jetzt nicht gezogen worden sind. Das ist den Genossen im Lande nicht unbekannt. Der Schrei nach der Einigkeit ist der Arbeiterklasse nicht einflüßig, sondern er ist aus der Not des Kampfes erwachsen. Die Möglichkeiten zur Erhebung sind doch gegeben, einen Zeitpunkt zu bestimmen, bin ich nicht vermessend genug. Die Arbeiter werden aus eigener Erfahrung den Kampf führen mit dem schlimmsten Terror. Das sagen unsere besten Genossen, die fallen Bluts die Fronte auf die Schulter nehmen und an die vorderste Stelle eilen. Dann werden wir sogar die Diktatur über das Proletariat ausüben müssen. Wir haben es dann auch mit unbilligsten Massen zu tun, die gebändigt werden müssen, soll es nicht zum Chaos kommen. Genau das gleiche gilt von der Preisfreiheit. Das sind gesammelte Erfahrungen, die man nicht aus dem Auge lassen darf. Wir werden sogar nicht anders können, den Terror in unsern eigenen Reihen durchzuführen. Das sind die Meinungen der Arbeiter, die gekämpft haben. Wir werden Verbrecher sein, wenn wir den Leuten sagen, wir wollen die Diktatur und führen sie nicht durch. (Lebh. Beifall.)

Genosse Künstler: Das Zentralkomitee hat gemeinsam das Antwortschreiben an die 3. Internationale durchgearbeitet, und gerade Däumig und Stöcker hätten hieran einen großen Anteil auf der Grundlage dieses Schreibens hätten Stöcker und Däumig in Rußland verhandeln sollen. Ich habe im Dezember zu der Gruppe gehört, die bedingungslos für die 3. Internationale war, aber die jetzt vorgelegten Bedingungen laufen auf eine Zerkleinerung unserer Partei hinaus. Ich bin erstaunt, daß gerade Gen. Däumig sich den Bedingungen unterwerfen will. Nicht in Worten erkennen wir den Revolutionär, sondern da, wo das Einsehen der eigenen Person im Kampfe notwendig werde. Alles was die Freunde von der Käteorganisation am 8. Mai d. J. beschlossen haben, würde durch die Bedingungen der 3. Internationale über den Haufen geworfen. Eine Partei, die die politische Meinungsfreiheit nicht ertragen kann, ist ein politischer Leichnam.

Genosse Ledebour teilt zur Geschäftsordnung mit, daß Genosse Ballod aus Rußland zurückgekehrt sei und hier als Gast beiwohne. Gen. Ledebour trägt an, ob die Konferenz ein Referat dieses Genossen entgegennehmen möchte. Der Vorschlag findet große Unterstützung. Zunächst aber wird die Debatte weitergeführt.

Wilhelm Herzog: Wenn man aus der Sonne Moskau zu rückt und hier in perfidester Weise angegriffen wird, so möchte man verzweifeln. Ich muß mich gegen diese Angriffe verteidigen. Sie gingen zuerst aus von dem Rechtssozialisten Heinemann Hilsberg, der behauptet, ich hätte Gelder der bürgerlichen Regierung unterschlagen. Ferner soll ich mit der antibolschewistischen Liga verhandelt haben. Diese Verhandlungen sollen sich meiner hohen Forderungen wegen zerschlagen haben. Dieser Angriff ist von der Weltbühne ausgegangen. Herzog habe daraufhin den Herausgeber der Weltbühne öffentlich als Verleumder und Mistfäßer bezeichnet, ohne daß dieser Klage gegen ihn erhoben habe. Der Vorwärts habe denn ja auch die Angekündigungen zurückgenommen. Der Vorstand der USPD, habe dann gestern diese Angriffe wiederholt. Es sei unwahr, daß eine Unterjochung gegen Herzog erst von Crispian angeregt worden sei. Er habe selbst diese Unterjochung beantragt. Die Angriffe sind identisch mit den Angriffen wegen meines Verhaltens in Moskau. Auf die Frage, wer Herzog nach Moskau gelandt habe, verliest Herzog einen Brief eines Mitgliedes der kommunistischen Internationale, aus dem hervorgeht, daß man ihn als Publizist eingeladen habe. Da Herzog sehr weltbeweisend wird, ward er wiederholt unterbrochen, erhält aber zur Widerlegung der persönlichen Angriffe verlängerte Redezeit. Die Mentalität der Bolschewisten und der deutschen Unabhängigen sei wie Tag und Nacht. Nach 40 Minuten Redezeit entscheidet die Konferenz, daß Herzog abtreten müsse.

Es folgten einige persönliche Bemerkungen. Crispian hebt die Anklagepunkte hervor, die gegen Herzog vorliegen.

Zur Debatte sprach nachher noch Gen. Ernst: Die Aussprache über die 3. Internationale komme zu spät. Von der Zentrale sei viel verabsäumt worden. Was Moskau programmatisch festgelegt habe, sei unannehmbar. Die Erfahrungen der Kapp-Tage lehren die Unmöglichkeit der in den Bedingungen enthaltenen Zentralfunktion. Die Diktatur habe sich im Industriegebiet gerade dort bewährt, wo sie von unten herauf kam. Es berührt eigenlich, daß gerade die Parteigenossen die Annahme der Bedingungen bezürworten, die bisher die Auffassung vertreten haben, daß der Aufbau der revolutionären Organisationen von unten zu erfolgen habe. Es muß jetzt in der Partei Klarheit geschaffen werden. In den Loren Deutschlands steht die Revolution. Wir müssen Schlüsse machen mit dem Parteiexekutiv und kämpfen für die deutsche Revolution und für die Weltrevolution. (Beifall.)

Referat Ballods.

Ballod erklärt, daß er in Moskau im Auftrage der leitenden Regierung war und daß er sich gefreut habe über diese Gelegenheit, die russischen Zustände zu beurteilen, da er sich seit 20 Jahren mit der russischen Volkswirtschaft beschäftigt habe. Ich habe auch die Meinung, daß Sowjetrußland wirtschaftlich uns und wir Rußland stützen könnten. Ich bin von dieser Meinung abgekommen. Genosse Ballod erklärt, daß aus klimatischen Gründen die russische Nahrungsmittelversorgung stark beeinträchtigt sei, nämlich durch die große Dürre in der sogenannten schwarzen Erde. Das ganze Wolgagebiet hat wenig über das Saat Korn geerntet. Es gibt gewiß Vorräte, aber sie reichen nicht aus.

Die Frage ist, ist es möglich, daß Rußland überhaupt allein durchkommt. Die Transportkrise ist ja etwas gegen das Vorjahr behoben, aber das Transportwesen kann natürlich nicht in entferntesten den Anforderungen gerecht werden. Ballod schildert ausführlich die völlige Entwertung des Geldes, die dazu führt, daß die Bauern nur sehr ungern gegen das Papier Produkte abgeben, wenn sie überhaupt welche abzugeben haben. Der Redner legt auch ausführlich dar, daß vor einer Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Rußland dringend zu warnen ist, wenn diese nicht gut organisiert und vorbereitet ist. Ballod vergleicht die Aufwendungen, die Rußland zur Abwehr der Inflation zu machen hat mit denen Deutschlands während des Krieges. Er weist darauf hin, daß Deutschland 20 Mill. Tonnen Getreide früher eingeführt hat, während Rußland 20 Mill. Tonnen Getreide ausgeführt hat.

Das Entscheidende ist nicht, wer die Diktatur ausübt, sondern was geleistet wird. Man muß anerkennen, daß die Bolschewisten offen sind, allerdings nicht so offen, als man wünschen möchte. Ballod schildert an vielen Einzelheiten, zu welchen Schwierigkeiten die Not und die herrschenden Zustände geführt haben. Die industrielle Produktion ist auf ungefähr ein Fünftel bis ein Sechstel der Produktionsproduktion zurückgegangen. Das liegt zum Teil am Rohstoffmangel, zum Teil aber auch daran, daß die Bauern Klacks usw. gegen das Sowjetgeld nicht herausgeben. Die prinzipiellen Methoden passen eben den Bauern nicht. Man hat offiziell das Motto aufgestellt: Beraube die großen Bauern, leide gerecht gegen die mittleren Bauern, helfe und schütze die armen Bauern; aber auch dieses Prinzip verbessert die allgemeine Lage nicht. Zum Beweise, daß der Rohstoffmangel allein nicht am Niedergang der russischen Wirtschaft schuld ist, verweist Ballod auf die Zuckerindustrie, wo die Rohstoffe da sind, trotzdem sei es nicht gelungen, die Zuckerindustrie in Stand zu setzen. Ballod betont allerdings, daß der Bürgerkrieg natürlich die Hauptschuld an den Verhältnissen trage.

Das Donezbecken hat schon durch den deutschen Einmarsch gelitten, dann besetzten es die Ukrainer, dann Denikin. Es ist klar, daß die Ertragsfähigkeit darunter zu leiden hat. Es sind gegenwärtig 100 000 Arbeiter da beschäftigt, trotzdem wird nur ein Sechstel des Friedensstandes gefördert. In Petroleum und Erdöl hat Rußland ungeheure Vorräte, aber durch die Transportkrise ist es unmöglich, diese Vorräte ins Innere Rußlands zu bringen.

Ballod würdigt die Leistung und den Idealismus der führenden russischen Genossen. Aber er sagt auch, daß sie es nicht geschafft haben, die Wirtschaft in Stand zu setzen. Er zieht wiederum den Vergleich mit Deutschland, das als Getreide-Einfuhrland vier Jahre gegen die Weltblockade standgehalten hat. Die russischen Arbeiter waren im Anfang durchweg sozialistisch gesinnt, sie dachten nicht an ihre Arbeitsgenossen, sondern nur an Nationalismus, der auch unter dem Zarismus geherrscht hat. Von Nationalismus, der auch unter dem Zarismus geherrscht hat. Von einer rationalen Durchführung der Sozialisierung kann man leider nicht reden. Ballod erklärt das ungeheure Anwachsen der Beamtenschaft dadurch, daß die Not einfach viele Leute wagt, staatliche Ämter anzunehmen.

Zum Abgeben an Deutschland würde es selbst nicht langen, wenn jetzt mit Polen Frieden gemacht wird und die ganze Armeer zu Arbeitszwecken benutzt würde. Man kann zu den Russen stehen wie man will, sie haben nicht den Beweis erbracht, daß sie in ihrem Lande den Sozialismus aufzurichten imstande sind. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Zisch dankt dem Referenten für den Vortrag. Ballod beantwortet die gestellten Fragen. Im Ural sind von den 87 Hochöfen noch 18 in Betrieb. Die Hauptschuld ist die ungenügende Versorgung der Uralbevölkerung mit Lebensmitteln. Die heutige russische Armee ist mit den besten, modernsten französischen Gewehren und Geschützen versehen, die zum Teil aus Archangelsk, zum Teil von Kollischak und Denikin stammen. Die Fischversorgung ist noch relativ am günstigsten. Am schwierigsten ist die Salzversorgung. Man bot an der lettisch-litauischen Grenze für ein Kubikfuß ein Kubikfuß Salz, trotzdem der letztere einen hundertfachen höheren Preis hat. Die Schlacht unterliegt ebenfalls einem starken Zusammenbruch.

Eichhorn ist mit Crispian einverstanden, daß über Ballods Referat diskutiert wird. Er meint, daß Ballod den Wert seiner wissenschaftlichen Darlegungen abgeschwächt habe durch seine politischen Schlussfolgerungen.

Auf eine weitere Anfrage über die Rolle des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens erklärt Ballod, daß er darüber nicht genügend unterrichtet sei.

Darauf wird die Debatte geschlossen und die Sitzung auf Freitag vertagt. Es sollen noch die Schlussworte der Referenten entgegengenommen werden.

Eine Anregung des Genossen Adolf Hoffmann, dem Genossen Stöcker ein kurzes Korreferat zu den Ausführungen Ballods zu gewähren, wird dadurch erledigt, daß Stöcker erklärt, in seinem Schlusswort auf Ballods Ausführungen einzugehen. Genosse Duhon-Düßeldorf stellt dann an den Genossen Ballod die Anfrage, wie es mit der Uralindustrie und der Munitionserzeugung stehe.

Berichtigung: In der Rede des Genossen Stöcker, die wir in der gestrigen Morgen Ausgabe veröffentlichten, ist ein Satz weggeblieben, auf dessen Wiedergabe Genosse Stöcker entscheiden wird. Es handelt sich um den einleitenden Satz, mit dem Genosse Stöcker seine Rede begann und der also lautet: „Gegenüber den Worten Crispians, daß er in Rußland einen geradezu niederstürmenden Eindruck bekommen habe, und gegenüber den Urteilen Dittmanns, für die ich absolut kein Verständnis habe, lege ich Wert darauf, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß wir uns nach wie vor in jeder Weise mit den russischen Genossen solidarisch erklären. Genosse Stöcker fand mit diesen Worten starken Beifall bei den Delegierten. — Der Berichterstatter stellt fest, daß der einleitende Satz des Genossen durch den Wechsel in der Berichtsaufnahme verlorengegangen ist.“

Die kommunistischen Parteien und der neue Parlamentarismus.

Aus dem Bericht über die 3. Internationale.

1. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus.

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus war anfänglich, in der Zeit der 1. Internationale, die der Ausübung der bürgerlichen Parliamente zum Zwecke der Agitation. Die Teilnahme am Parlament wurde vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewußtseins, d. h. des Erwachens der Klassenfeindschaft des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Dieses Verhältnis wandelte sich nicht unter dem Einfluß ihrer Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des kapitalistischen Ausbeutungsgebietes gewann der Kapitalismus und gewann mit ihm die proletarischen Staaten dauernd an Festigkeit.

Hieraus entstanden: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die „organische“ gesellschaftliche Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die immer größere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Mindestprogramms der Sozialdemokratie, die Verwandlung des Programms in eine Debatteformel für ein überaus entferntes „Endziel“. Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrates an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Verhältnis der 3. Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue reine Lehre, sondern durch die Veränderung der Rolle des Parlamentarismus selbst bestimmt. In der vorübergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewissem Maße historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des allgemeinen Imperialismus aber hat sich das Parlament in eines der Werkzeuge der Lüge, des Verrates, der Gewalt und des entmenschten Geschwätzes verwandelt. Angesichts der imperialistischen Verherrungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Räubereien und Zerstörungen, vielerlei parlamentarischer Reformen, des Sufismus, der Steiligkeit und der Blamafähigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft, verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Übergang von der organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiete des Parlamentarismus. So hat die russische Arbeiterpartei (die Bolschewiks) das Wesen des revolutionären Parlamentarismus schon in der vorhergehenden Periode ausgearbeitet, weil Rußland seit 1906 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Soweit einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei und es abzulehnen, sich von den parlamentarischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie — dem Wesen der Sache nach — aus von der bewußten oder unbewußten Fehlvorstellung der bevorstehenden Epoche als einer Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft und nehmen an, daß auf dieser Grundlage im Kampfe um Reformen eine Koalition mit den Trutzi und Bonquet sich praktische Resultate ergeben können. Sobald der Kommunismus in Erscheinung tritt, muß er theoretisch von der Klarlegung des Charakters der gegenwärtigen Epoche ausgehen (Höhepunkt des Kapitalismus, imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges usw.). In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Beziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Das Wesen bleibt aber überall ein und dasselbe: es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats für die Revolution.

der bürgerlichen und nur die Aufhebung der neuen proletarischen Macht.

Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergehenden Periode der Fall war.

Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und ausschließlich über die Grenzen des Parlaments hinausverlagert. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehung zu den wertvollsten Massen, sondern auch kraft ihrer verwickeltesten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament durchzuführen, wo die verschiedenen Cliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verdecken, sich bloßstellen usw. usw.

Deshalb ist es die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten und an ihre Stelle neue proletarische Machtorgane zu schaffen. Gleichzeitig aber ist der revolutionäre Staat der Arbeiterklasse tief daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese zerstörende Aufgabe zu erleichtern.

Hieraus ergibt sich ganz klar der Grundunterschied zwischen der Taktik des Kommunisten, der mit revolutionären Zielen in das Parlament tritt und der Taktik des sozialistischen Parlamentarier. Der letztere geht von der Voraussetzung der relativen Festigkeit der unbestimmten Dauer der bestehenden Herrschaft aus.

Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln die Reformen zu erreichen und ist daran interessiert, daß jede Errungenschaft von der Masse in gebührender Weise als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus gefeiert werde (Turati, Longuet und Co.).

An die Stelle des alten Anpassungsparlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt. Die widerwärtigen Ueberlieferungen der alten parlamentarischen Taktik jedoch stoßen einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (N. W. revolutionäre Sozialisten, K. K. P. D.). Der zweite Kongreß erhebt daher folgende Thesen zum Beschluß:

2. Der Kommunismus, der Kampf um die Diktatur des Proletariats. Um die Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

I. 1. Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine demokratische Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Täuschung einer Volksoberleitung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines außerhalb der Klassen stehenden „Volkswillens“ erscheint, im Wesentlichen aber eine Maschine der Unterdrückung und Unterjochung in den Händen der herrschenden Kapitalisten.

2. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der Staatsordnung, daher kann er durchaus nicht die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgend eine Staatsmacht kennt.

3. Der Parlamentarismus kann auch keine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Uebergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des ausgeprägten Klassenkampfes, im Bürgerkrieg, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als Kampfsorganisation aufbauen, in welche die Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des „Volkswillens“ direkt schädlich. Das Proletariat bedarf seiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik.

4. Die bürgerlichen Parlamente, eins der wichtigsten Apparate der bürgerlichen Staatsmaschine, können als solche nicht auf die Dauer erobert werden, wie das Proletariat überhaupt den bürgerlichen Staat erobern kann. Die Aufgaben des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören und zugleich mit ihr die Parlamentarismusanstalten, mögen es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sein.

5. Nicht anders ist es mit den Kommuneinrichtungen der Bourgeoisie, die den Staatsorganen gegenüberstehen theoretisch unrichtig ist. In Wirklichkeit sind sie ähnliche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die von dem revolutionären Proletariat vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden müssen.

6. Sozialist verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Zukunftsgesellschaft, er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Klassenproletariats. Er verneint die Möglichkeit, die Parlamente dauernd zu erobern, er setzt sich die Zerstörung des Parlaments zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnützung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zwecke ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann die Frage gestellt werden.

II. 7. Jeder Klassenkampf ist ein proletarischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige Zustand, der sich über das ganze Land verbreitet, wird dem bürgerlichen Staat bedrohlich und nimmt dadurch einen politischen Charakter an. Jeder Versuch, die Bourgeoisie zu stürzen und ihren Staat zu zerstören, heißt einen politischen Kampf führen. Den proletarischen Klassenapparat zur Verwaltung und zur Unterdrückung der sich widersetzenden Bourgeoisie schaffen, welcher Art dieser Apparat auch wäre, d. h. die politische Macht erobern.

8. Sozialist ist die Frage des politischen Kampfes durchaus nicht identisch mit der Frage des Verhaltens zum Parlamentarismus. Jene ist eine allgemeine Frage des proletarischen Klassenkampfes, der charakterisiert wird durch die Steigerung von kleinen und Teilkämpfen im allgemeinen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung überhaupt.

9. Die wichtigste Kampfmethode des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Massenaktion. Die Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räten) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer einheitlichen zentralisierten, zentralisierten, kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg; in diesem Krieg, muß das Proletariat sein tapferes politisches Offizierskorps, seinen klaren politischen Generalstab haben, der alle Operationen auf allen Gebieten des Kampfes leitet.

10. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats alle legalen Stellungen festhalten, indem sie sie zu Stützpunkten in ihrer revolutionären Tätigkeit macht und diese Stellungen dem Plan des Hauptkampfes, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnet.

11. Ein solcher Stützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am parlamentarischen Kampf kann durchaus nicht die Begründung angeführt werden, daß das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution sei. Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen (s. B. die Tätigkeit Plechans in Deutschland, der Bolschewik in der zaristischen Duma, in der demokratischen Beratung, in dem „Vorparlament“ Kerenskis, in der „Konstituierenden Versammlung“ und in den Stadtbüros schließlich die Tätigkeit der bulgarischen Kommunisten).

12. Diese Tätigkeit in dem Parlament, die hauptsächlich in revolutionärer Agitation von der Vorparlamentarier, in der Entlarvung der Gegner, im geistigen Zusammenschluß der Massen, die noch immer, namentlich in den rückständigen Gebieten, befangen von demokratischen Illusionen, nach der Parlamentariersehne schauen, usw. besteht, ist ganz und gar den Zielen und Aufgaben

des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein. Die Teilnahme am Wahlkampf und die revolutionäre Propaganda von der Parlamentstribüne herab ist von besonderer Wichtigkeit für die Erfassung derjenigen Schichten der Arbeiterklasse, die bisher etwa die ländlichen wertvollen Massen der revolutionären Bewegung und dem politischen Leben fernstanden.

13. Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommuneinrichtungen haben, so sollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben, b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Veruche zur Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz usw.), c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zerschlagen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegensetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu flüchten! e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindevewaltungen usw. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. — Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß also ein Bestandteil der allgemeinen Zerlegungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.

14. Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Mehrheit von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen und die Lösungen der proletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, alle Massenaktionen (Wandlungen, Demonstrationen, Störungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade stattfinden, auszunutzen und mit ihnen in enge Fühlung zu kommen. Das Heranziehen aller proletarischen Massenorganisationen zur aktiven Tätigkeit ist notwendig.

15. Bei Wahrnehmung aller dieser, wie auch der in einer besonderen Instruktion angeführten Vorbedingungen, ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil eines gemeinen Politiktäterns, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder anwenden, die ins Parlament gehen, um diese „demokratische“ Institution zu unterstützen oder sie bestenfalls zu „erobern“. Die kommunistische Partei kann ausschließlich nur für die revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts und der Bolschewiki sein.

III. 16. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus“ in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der parlamentarischen revolutionären Tätigkeit ist also eine naive, kindliche Doktrin unter jeder Art, eine Politik, die bisweilen einen gelunden Eckel vor den politikfeindenden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verbunden, die in der kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stützpunkt der Arbeiter, sondern ein dezentrales System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen unter allen Umständen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das ist die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm jede Kraft zu nehmen und es dem am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. Ein gleiches ist in der konstituierenden Versammlung am Tage der Auflösung, indem sie den 3. Kongreß der Sowjets zum Mittelpunkt der politischen Geschäfte machten. Unter anderen Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewalttätige Beseitigung, wie des größten bürgerlichen Staatsapparates, so auch der bürgerlichen Parlamentsklasse oder aber Teilnahme an den Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird usw., notwendig sein.

18. Auf diese Weise soll die kommunistische Partei, die die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen sowohl in die zentralen Parlamente, als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennt, von der Wertung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehend, die Frage konkreter Wahlen, Boykott der Wahlen oder der Parlamente sowie Austritt aus den letzteren ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen unmittelbaren Uebergangs zum bewaffneten Kampf um die Macht schon vorhanden sind.

19. Dabei soll man beständig die relative Unrichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im außerhalb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des Klassenkampfes darüber mit der besonderen Frage der Ausnützung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

20. Daher betont die kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, die ihren Einfluß auf die Massenorganisationen der Arbeiter ausüben, auf völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzustreben trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

IV. Der revolutionäre Parlamentarismus.

Um die wirkliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, daß:

1. Die kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihre Zentralkomitee bereits im Vorbereitungsstadium, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktion sorgen müssen. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn seine Gewähr da ist, daß dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirkliche kommunistische Politik verfolgen wird. Die kommunistische Partei muß mit der alten sozialdemokratischen Gewohnheit brechen, ausschließlich sogenannte „erfahrene“ Parlamentarier, vorwiegend Anwälte und dergleichen, als Deputierte aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß sie meist einfache Parteimitglieder ohne große parlamentarische Erfahrung sind; diejenigen Strebeelemente, die sich an die kommunistischen Parteien heranmachen, um in das Parlament zu gelangen, muß die kommunistische Partei rücksichtslos brandmarken. Die Zentralkomitee der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Leute bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.

2. Wenn die Wahlen vollendet sind, muß die Organisierung der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen der Zentralkomitee der kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, daß die Gesamtpartei in dem betr. Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentsfraktion müssen von dem Zentralkomitee der Partei beauftragt werden. Das Zentralkomitee muß in der Parlamentsfraktion einen klärenden Vertreter mit Einspruchsrecht haben und in allen politischen wichtigen Fragen muß sich die Parlamentsfraktion vorher Verhaltungsmaßregeln vom Zentralkomitee der Parteien erbitten. Das Zentralkomitee hat das Recht

und die Pflicht, bei einer bevorstehenden großen Aktion der Kommunisten im Parlament, den Redner der Fraktion auszuwählen, bzw. zu beauftragen, um ihm die vorherige Bereinigung der Zeitfrage seiner Rede, bzw. der Rede selbst zwecks Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei hin das Mandat niederzulegen ist, um in einer gegebenen Situation die Aktion des Austritts aus dem Parlament geschlossen durchzuführen.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistische, halb-reformistische und einfache Strebeelemente bereits gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzubringen, (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktionen vorzunehmen, um dem Prinzip ausgehend, daß es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluß des Zentralkomitees verpflichtet, die legale Arbeit mit der illegalen zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gerichten erfreut, muß diese Immunität dazu ausgenutzt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

6. Bei Straßendemonstrationen der Arbeiter und sonstigen revolutionären Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindungen mit revolutionären Arbeitern, Bauern und anderen Werttätigen auszunutzen suchen. Sie dürfen unter keinen Umständen als den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern nachlässig. Sie müssen sich jederzeit zur Verfügung der kommunistischen Organisation für jede Propagandaarbeit im Lande halten.

8. Jeder kommunistische Abgeordnete der Parlamente muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern Agitator der Partei, der ins feindliche Lager einstrahlt, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der isolierte Wählermasse, sondern seiner lokalen oder illegalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Wirtsfrau, jedem Hirten verständlich ist, so daß die Partei die Möglichkeit hat, ihre Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkel des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen — auch in den Fällen, wo die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit die Reden in der Presse und in den Flugblättern abgedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Enttarnung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des „Zentrums“ und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der 3. Internationale ausnützen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur wenige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen den Kapitalismus gegenüber eine Herausforderung zu setzen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erstrebendes bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.

Wirtschaftliches.

Der Abschreibungs-Schwindel.

Die Periode hoher und höchster kapitalistischer Gewinne seit der Revolution und das Streben, Oeffentlichkeit und Steuerbehörden über die tatsächlich erzielten Ueberschüsse zu täuschen, hat seitens der Bilanzierungskunst hervorgebracht. Nicht nur ist die früher anomalousweise gelübte Methode, Maschinen und Werkzeuge, Mobilien und Einrichtungsgegenstände ohne Rücksicht auf deren tatsächlichen Wert bis auf 1/10 abzuschreiben, fast zur Regel geworden! Man ist nicht selten auch dazu übergegangen, Gebäude und Grundstücke in derselben Weise „abzuschreiben“. Ja, vereinigt hat man, da zum „Abschreiben“ rein gar nichts mehr da war, aus den Gewinnen Fonds gebildet für künftige Abschreibungen auf eventuelle Neuanschaffungen. Diese echt kapitalistische Unverschämtheit hat nun doch endlich den Protest der sonst dem Besitz gegenüber schatzgebuldigen Steuerbehörde hervorgerufen. Der Reichsfinanzrat hat derartige Manipulationen für unzulässig erklärt. Damit ist nur den äußersten Auswüchsen des Abschreibungs-Schwindels ein Halt geboten. In seinen erlaubten Formen grassiert er noch wie vor zum Schaden der Allgemeinheit, die in einer Zeit steuerlicher Höchstbelastung nicht damit einverstanden sein kann, daß sich Gewinne der Besteuerung entziehen.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. Lindenau. Diese Nachrichten werden seit dem Papiermangel nicht mehr veröffentlicht.
H. W. 10. Geschwisterlinder können einander heiraten.
D. H. Lindenau. 1. Ja. 2. Ja. 3. und 4. Das richtet sich nach dem Sachverständigen-Gutachten. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt. — 2. Ja. für die Parteikasse.
H. R. Ein Rechtsanspruch auf die Geschenke steht Ihrer Braut nicht zu.
G. S. 100. An das Zentralnachweisseamt für Kriegerverluste und Kriegerverb. Dresden. — 2. Ja. für die Parteikasse.
M. Wenden Sie sich an das Mitteilungsamt, Rathausring 7.
Schlesien. Die Adresse ist uns nicht bekannt.
Lindenau. Ihre Tochter hätte gegen die Veranlaugung rechtzeitig reklamieren müssen. Die Steuerfreiheit der 1500 M. beginnt erst mit dem 1. April 1920.
G. S. 100. Wenn der Erblasser bei der Schenkung die Ausgestaltung nicht angeordnet hat, braucht das Geschenk nicht herausgegeben zu werden.
D. J. 21. Wenden Sie sich an einen Arzt.
H. R. 16. Ein Bierlei des Kranengebdes.
H. J. Wenn kein besonderer Gegenstand beschliffen ist, läßt sich die Sache nicht ansehen. — 3. Ja. für die Parteikasse.
K. J. 80. Wenden Sie sich unter Vorlegung des Vertrages an das Arbeiterssekretariat, Gerberstraße 1.
M. S. Ja. innerhalb der Schranken, die in Nr. 170 der V. W. wiederzugeben sind. — 2. Ja. für die Parteikasse.
S. Moskau. Nach Schluß der Debatte, also vor einer Abstimmung.

Mittlere Bekanntmachungen.

1500 Mark Belohnung!

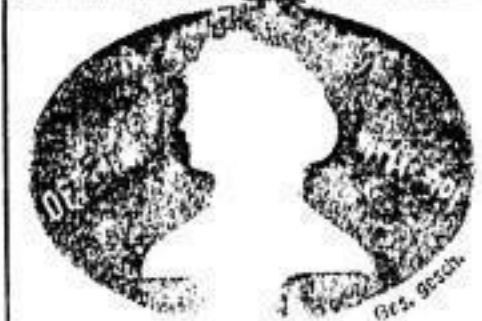
Gestohlen wurden in der Nacht vom 2. d. Mts. aus dem Stalle eines Grundstücks in der Konradstr.:

Schweinefleischwaren. 1. Matke 1 1/2 g Schweinefleisch (1 1/2 M.). 2. Matke 1 1/2 für Krügerfleisch 50 g Schweinefleisch (1.00 M.).

1600 Mark Belohnung!

Gestohlen wurden am 1. d. Mts. in der Zeit zwischen 1/5 und 1/6 Uhr nachmittags durch Einbruch aus einer Wohnung in der Rübnerstr.:

Sachdienliche Mitteilungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung am Kr. V. N. VI 2507/20. Leipzig, den 2. September 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.



Dr. Detter's Gustin

ist in feinsten Friedensqualität wieder überall zu haben.

Man achte darauf, daß man nur die Original-Packung mit der Schutzmarke erhält.

Männerchor: Wahren

Mittw. d. N. S. D. Direction: Herr D. Schmidt Sonnabend, den 4. September 1920

Großer Nieder-Abend

mit anschließendem Ball im großen Festsaal des Lunapark, Wahren.

Sozialist. Proletarier-Jugend Schönfeld.

Morgen Sonnabend Herbst-Fest im Gesellschaftshaus. Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Johann Gottfried Seume

Ein literarisches Vortrags-Ausgewähltes Werke Seumes herausgegeben u. eingeleitet von Wilhelm Hausenstein.

Zigaretten Sonder-Angebot 190 u. 220 Mark per 1000 St. mit Mundstück, ohne Mundstück, Goldmundstück.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt Dresden Gummiabteilung sucht zum möglichst sofortigen Eintritt tüchtigen erfahrenen

Zigaretten gar. rein, m. Doppelmundst. 15 Mg. ohne Mundst. 20 mg. m. Goldmundst. 25 mg.

Militär-Hosen Einlaß billig an vert. Waberk. Windmühlentr. 33, I. Herren-Überschürzen, schwarz sehr gut erhalt. bill. an vert. Penzler, Davidstr. 1b. D. V. t.

Normal-Hemden ca. 2500 Stück Ia Qualität Stück 58.— 2000 Kilo Ia Strick-Wolle Reines Kammgarn Kilo 170.—, 160.—, 150.—, 110.—

Uhren Gold- und Silberwaren Größte Auswahl in jeder Ausführung und Preislage.

Jetzt ist es Zeit! Alte Damen- und Herrenhüte werden in meiner Hutfabrik auf neueste Formen umgepresst.

Preiswertes Angebot zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen, solange der Vorrat reicht! Braune Herrenstiefel Mk. 249.50 Herrenstiefel schwarz Mk. 135.50

Herrenstoffe 40.—, 48.—, 58.— usw. Kleinsch. Kinnentr. 47, vt. 3 Ml. Auswühl billig a. vt. Neubnh. Grenstr. 30, III. I.

Kleiderst. Chafel, Küche Alchodische Str. 57, a. Kanal. Küche, Ausleibisch, Schrant vt. V. Gutsmutst. 10, III. I.

Washingelüste beste Ware, bill. Preise, beste Beausanuelle f. Wiedervert. Witten, Modau, Leonhardt 11

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. September.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Sonnabend, den 4. September, nachmittags 3 Uhr, wichtige Sitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 2.

Volkstammer- und Reichstagsabgeordnete sind eingeladen; pünktlich erscheinen.

Deutscher V. V. Die Rechtschule des Genossen Schmidt fällt heute aus.

Gruppenrat XII. Heute abend 7 Uhr wichtige Sitzung im Kartell, Zimmer 104. Die Gewerkschaftsvertreter sind zugegen.

Das neue Sedan.

Heerführer, Helm-, Etappentrieger, Kriegsgewinnler, Schieber träumen bereits von einem neuen Sedan. Am 2. September haben sie Heerschau gehalten.

Der Chef der Heeresleitung hat in einer amtlichen Rundgebung davon gesprochen, daß der Geist, der nach Sedan die deutschen Truppen über hundert Schlachtfelder des Westens und Ostens führte, in der Reichswehr und im Volke lebendig erhalten bleiben müßte.

Und das alles nach einem furchterlichen Krieg, der Deutschland allein 2 Millionen Tote, Millionen Witwen und Waisen, Krüppel, unfähig viel Not und Elend gebracht hat.

Nach bluten wir an den Wunden, die uns der Krieg geschlagen hat. Die heranwachsende Generation ist krank, schwach, unterernährt. Tut nichts! Ein neues Sedan muß kommen.

Sie haben uns den Ruin gebracht, diese „militärischen Sicherungen“. Sie waren ein Anlaß zum Weltkrieg; sie gehörten zu den Ursachen des neuen Krieges und der furchterlichen Niederlage, die Deutschland erlitten hat.

Der Erfolg ist bekannt. Deutschland ist todwund. Und trotzdem keine Umkehr, kein Frontwechsel. Der blinde Geist der Säbelraserei soll uns erhalten bleiben. Wir danken dafür.

Es kommt kein neues Sedan. Dafür wird die Arbeiter-Klasse sorgen. Nicht rückwärts, sondern vorwärts drängt der Zeiger der Zeit. Es gibt ein Gesetz der Entwicklung.

Wenn die arbeitende Bevölkerung in den großen Ländern die imperialistische Bourgeoisie bestreut hat und selbst die Herrschaft ausübt, dann wird sie sich verändern. Auf dies Ziel müssen wir hinsteuern.

Die Studentin oder Neubau.

Von August Strindberg.

„Aber der Zwang,“ wandte Blanche ein.

„Es gibt keinen Zwang! Wir hatten sechshundert Haushaltungen. Bedenken Sie, sechshundert Mädchen, sechshundert arme Hausfrauen, die am Herde stehen; wieviel fortgeworfene Kraft.“

„Aber die Kinder!“

„Ja! Die härteste von allen Müssen zu knaden ist uns auch gelungen. Wir haben das Kinderhaus.“

„Oh, welche Mütter wollen ihre Kinder ins Kinderhaus geben?“

„Aber die Mutter hatte sie wenigstens in der Nacht.“

„Ganz wie hier, denn jedes Kind hat zwei Wiegen, oder Betten; eine im Kinderhaus, eine im Zimmer der Mutter.“

Die schlechte Beschaffenheit des Leipziger Brotes.

Die Bäder-Zwangsunion schreibt uns: In Verfolg des in der Sitzung der Leipziger Brotinteressenten am 27. Juli gefaßten Beschlusses auf Entsendung einer Kommission nach der Reichsgetreidestelle in Berlin wird mitgeteilt, daß diese Besprechung am Dienstag, 31. August, stattgefunden hat.

Die Kommission wurde von zwei Beauftragten der Reichsgetreidestelle empfangen, welchen Herr Bäckermeister Wuttke auftragsgemäß über die Ursachen der schlechten Beschaffenheit des Leipziger Brotes eingehend Bericht erstattete.

Die Vertreter der Reichsgetreidestelle begründeten die Notlage der Reichsgetreidestelle in der Hauptsache damit, daß alle Mehlarten an Brotgetreide aufgebraucht seien und die Landwirte bisher schlecht abgeliefert haben.

Vom Monat September ab werde dem Brotmehl nur zehn Prozent Gersten- und zehn Prozent Maismehl als Streckungsmittel zugesetzt, wodurch eine erhebliche Verbesserung des Brotes erzielt werde.

Im übrigen wurde berichtet, daß der Kommunalsowjet der Stadt Leipzig in Zukunft genügend Mengen von Weizenmehl erhalten solle; Mehl werde die nach Leipzig liefernden Mühlen sofort telefonisch veranlassen, diesen Bedarf reichlich Getreidemehl unverzüglich zuzuführen.

Die Vertreter der Reichsgetreidestelle selbst nicht befriedigt, denn über die Verwendung derartiger Mehlsverfälscher ausschließlich das Schicksal der Reichsgetreidestelle. Den Kommunalsowjeten wird Mangelrüge empfohlen.

Hinsichtlich der von Leipzig gewünschten einheitlichen Streckung des Brotmehls im ganzen Reich wurde mitgeteilt, daß diese Frage zur Zeit vom Reichsernährungsamt mit in Erwägung gezogen und zur Erledigung kommen werde.

Nach uns am gestrigen Tage von der städtischen Mehlverteilungsstelle Leipzig gemeldeter Mitteilung soll zur Zeit das Brotmehl folgende Aufmischung erfahren:

- 40 Prozent Roggenmehl, 15 Prozent Weizenmehl, 25 Prozent Gerstenmehl und 20 Prozent Maismehl, während die Streckung vom Beginn der nächsten Versorgungswoche ab 45 Prozent Roggenmehl, 20 Prozent Weizenmehl, 20 Prozent Gerstenmehl und 15 Prozent Maismehl betragen soll.

In der Praxis wird der Zusatz an Weizenmehl noch um etwa fünf Prozent verringert, weil die Bäder von diesem Mehl noch in natura auf Marken verlaufen müssen.

Der Streik der Straßenbahner.

Am Mittwoch haben sich die Straßenbahner in einer Versammlung im Volkshaus mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Da die eingeleiteten Verhandlungen mit der Straßenbahndirektion zu keinem Ergebnis geführt haben, sind die Straßenbahner heute früh in den Streik getreten.

Zur Aufklärung!

Die Straßenbahner Leipzigs stehen heute vor einem entscheidenden Schritt. Der Leipziger Einwohner ist bekannt, daß die Direktion der Straßenbahn ein Defizit von täglich 32 000 Mk. be-

trägt. Dieses Defizit hat sie einfach den Angestellten aufgebürdet. Die Arbeiter wurden vor die Frage gestellt: „Entweder Entlassung der zuletzt Eingestellten oder Kürzung der Arbeitszeit.“

Die Straßenbahner haben somit gezeigt, daß sie gewillt sind, dieses Defizit aus der Welt zu schaffen und haben somit zuerst ihrer Pflicht genügt. Der Betriebsrat wurde selbstverständlich beauftragt, sich mit dieser Sache zunächst zu beschäftigen und hat in mehreren Eingaben und Verhandlungen mit der Direktion demotivierend seine Vorschläge gemacht.

Welche Fragen behandeln wir? 1. Ist es den Straßenbahner noch möglich, weiter die Arbeitszeitverkürzung zu tragen? 2. Wie ist das Defizit zu beseitigen?

- Zur ersten Frage erklären wir, daß wir durch die Arbeitszeitverkürzung Wochenlöhne erhalten haben als: Ledige 110.— Mk., Verheiratete ohne Kinder 140.— „ , Verheiratete mit einem Kind 180.— „ , Verheiratete mit mehr Kindern 168.— „

Diese Löhne werden wohl fast allen Leipziguern noch nicht genügend bekannt sein. Die Höhe dieser Löhne zeigt aber wohl von der großen Entbehrung, die damit jeder Straßenbahner erliden muß. Die Kollage noch im besondern zu schildern, erübrigt sich, da ja jeder selbst an seinem eigenen Einkommen ersehen kann, ob die Straßenbahner die Leute sind, die noch von dem großen Einkommen ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Zur zweiten Frage: Der Betriebsrat ist davon überzeugt, daß die Straßenbahn bei der Unrentabilität, die die Direktion errechnet, nicht dazu schreiten kann, einzelne Linien einzustellen und von den noch in Betrieb erhaltenen Linien überall den Kopf und den Schwanz abzuschneiden und so von vornherein die Einnahmewellen bedeutend zu reduzieren.

Die Direktion der Straßenbahn ist davon überzeugt, daß die Straßenbahn bei der Unrentabilität, die die Direktion errechnet, nicht dazu schreiten kann, einzelne Linien einzustellen und von den noch in Betrieb erhaltenen Linien überall den Kopf und den Schwanz abzuschneiden und so von vornherein die Einnahmewellen bedeutend zu reduzieren.

Die Direktion der Straßenbahn ist davon überzeugt, daß die Straßenbahn bei der Unrentabilität, die die Direktion errechnet, nicht dazu schreiten kann, einzelne Linien einzustellen und von den noch in Betrieb erhaltenen Linien überall den Kopf und den Schwanz abzuschneiden und so von vornherein die Einnahmewellen bedeutend zu reduzieren.

Die Leipziger Kommunisten hatten schon lange angekündigt, daß der Chemnitzer Kommunist Hecker in Leipzig reden werde. Am Donnerstag ist nun die Ankündigung Ereignis geworden.

Die Leipziger Kommunisten hatten schon lange angekündigt, daß der Chemnitzer Kommunist Hecker in Leipzig reden werde. Am Donnerstag ist nun die Ankündigung Ereignis geworden. Hecker sprach in einer Versammlung in den Drei Alleen. Neues vermochte auch Hecker nicht zu sagen, seine Rede war eine der üblichen im kommunistischen Sinne gehaltenen Schilderung der westpolitischen Lage mit den üblichen Angriffen auf die Führer der U. S. V.

Kommunistische Verdrehungen.

Die Leipziger Kommunisten hatten schon lange angekündigt, daß der Chemnitzer Kommunist Hecker in Leipzig reden werde. Am Donnerstag ist nun die Ankündigung Ereignis geworden. Hecker sprach in einer Versammlung in den Drei Alleen. Neues vermochte auch Hecker nicht zu sagen, seine Rede war eine der üblichen im kommunistischen Sinne gehaltenen Schilderung der westpolitischen Lage mit den üblichen Angriffen auf die Führer der U. S. V.

zu diesen gehören, wird Ihnen zuerst nicht wohl zumute sein, aber daraus können Sie nicht schließen, daß Sie immer so empfinden werden. Unser Anpassungsvermögen ist unendlich.“

„Darüber kann ich noch nicht urteilen,“ antwortete Blanche, „aber nachdem ich mein ganzes Leben lang an zwei Personen angehängt war, deren Denkart von der meinen abwich, hoffe ich, daß ein freier Umgang mit Gleichdenkenden mir nicht peinlich werden kann.“

„Dann wollen wir den Versuch machen,“ sagte der Fabrikant. „Was Ihre Bedingungen betrifft, so sind sie nur vorläufige, bis Sie sich entschieden haben, in das Gemeinwesen als Mitglied einzutreten.“

„Sie haben keinen Gehalt, aber können für alle Ihre Bedürfnisse auf die Gemeinde achen: essen, was Sie wollen, wo Sie wollen, trinken, was Sie wollen, sich kleiden nach Geschmack und Gewissen, sich nach Kräften amüsieren, Bücher und Instrumente auf unseren Kredit nehmen.“

„Gerade dahin zu kommen habe ich geträumt,“ antwortete Blanche, „und das Geld ist notwendig es unter den jetzigen Verhältnissen ist, hat für mich immer etwas Unsicheres und Unreines gehabt.“

„Nicht mit Dankbarkeit, denn wenn Sie sich auch in Not befinden, so ist unsere Not nach einem Ate ebenfalls groß. Von Ihren Pflichten will ich nicht sprechen: die sind, wie Sie wissen, die Kranken zu pflegen und soweit wie möglich zu verhindern, daß die Gelunden krank werden.“

„Und Herr Gobin verließ Blanche vor dem Eingang des Palastes.“

(Fortsetzung folgt.)

russischen Profetiarler aber wollten lieber als abhängig zu sein von der Gnade weicher Generale.

Diese Darstellung ist echt kommunistische Methode. In Wirklichkeit haben Dittmann und Crispian in härtester Weise ihre Sympathien für Sowjetrußland zum Ausdruck gebracht, die Behauptung, daß sie erklärt hätten, sie wollten nichts mit den russischen Volkswissenschaften zu tun haben, ist eine dreiste Lüge. Sie haben allerdings unzulänglich zum Ausdruck gebracht, daß sie scharfe Gegner der Bedingungen sind, die die russischen Kommunisten für die Aufnahme in die 3. Internationale gestellt haben.

Der Protest der Aussteller. Die Herbstmustermesse bedeutet für jährliche Aussteller ein schwere Enttäuschung. Es sind nicht viel Einkäufe gemacht worden, und genau wie die Technische Messe so hat auch die allgemeine Mustermesse den meisten Ausstellern nur Verluste gebracht.

Proletarischer Sittenunterricht. Vom Zentralverband proletarischer Freidenker Deutschlands, Bezirksleitung Groß-Leipzig, wird uns geschrieben: Morgen Sonnabend, den 4. September, beginnt wieder im Volkshaus, Gartenlaai, 3 Uhr nachmittags, der von proletarischen Freidenkern eingerichtete eithische Jugendunterricht, zunächst für alle Kinder von 10 bis 12 Jahren.

Utenabend in der 51. Volkshule. Montag, den 6. September, abends 6 Uhr, Vortrag über Moralunterricht von Herrn Lehrer Böhm. Es ladet freundlich ein Der Eksternat.

Tänze im Freien. Die für Sonntagvormittag im Palmengarten angelegten Tänze können infolge des schlechten Wetters nicht stattfinden. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Wajezpa bei Sarrafsani. Direktor Stosch-Sarrafsani hat sich, wie man uns schreibt, entschlossen, vor seinem Scheiden von Leipzig die Zirkuspantomime Wajezpa zur Darstellung zu bringen.

In den 17 hädlichen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 23.-28. August die Speiseabgabe auf 27 405 Mahlzeiten gegenüber 29 481 in der vorigen Woche.

Wegen Mangel an Zulpruch muß die Speiseanstalt 14, Elisenstraße 163, Connewitz, vom 4. September ab bis auf weiteres geschlossen werden. Die nächstgelegene Anstalt 10 befindet sich Begerische Straße 47.

Anochen- und Kleinfischverkauf. Freibank 1 kein Verkauf, Freibank 11 Nr. 6901-7210 und 1-500 Hädrich-Platzweg von 6-12 Uhr, Nr. 501-950 Fleisch- und Wurstverkauf zum Höchstpreis.

Polizeinachtichten.

Warnung vor zwei Betrügerinnen! In den letzten Tagen sind hier zwei Betrügerinnen aufgetreten, die in hiesigen größeren Geschäften Kleider, Wäsche und dergleichen von beträchtlichem

Friedrich Delitzsch.

Zum 70. Geburtstag des Berliner Assyriologen. Vor 19 Jahren war der Name des Berliner Gelehrten, der am 1. September in das Patriarchenalter eintritt, in aller Munde. Es war im Winter 1902/3, als Friedrich Delitzsch in der Berliner Singakademie die durch Form wie durch Inhalt gleich eigenartigen Vorträge über das Thema „Bibel und Babel“ hielt.

Werte gekauft und mit gefälschten Schecks auf die Leipziger Handels- und Verkehrs-Bank bezahlt haben. Wie festgestellt worden ist, wurde das betreffende Scheckbuch einem hiesigen Einwohner vor einigen Tagen gestohlen. Bis jetzt liegen erst einige derartige Anzeigen vor, jedoch werden nach den bisherigen Ermittlungen noch weitere Leipziger Firmen geschädigt worden sein.

Ein Wundenstreich. Am 29. August, abends zwischen 7 und 1/2 Uhr, ist einer hiesigen Einwohnerin auf dem Wegpflast von einem Unbekannten der Kleiderrock an einer Seite vom unteren Saum bis etwa in Kniehöhe zerfurcht worden.

Kleiderzerfurcher am Werk. Seit einigen Tagen hat sich hier eine Person bemerkbar gemacht, die großen Gefallen daran zu finden scheint, ihren Mitmenschen, hauptsächlich Damen, durch Zerfurchen der Kleider Schaden zu bereiten. Sie benutzte größere Menschenansammlungen, um dort ihre Schandtaten zu begehen.

Lebensmittelkatalog für Sonnabend, den 4. September.

- Anmeldung: Kartoffeln: Letzter Tag — abzugeben Kartoffelmarkte 3/3/3. Schweinefleisch: Letzter Tag — abzugeben Markte F (150 Gramm), Marke 15 für Kriegsgesangene (50 Gramm). Sühnhöf: Letzter Tag — abzugeben Markte 4 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte, Reihe Q (1 H-Wadung). Ausgabe: Fleisch für Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene: Ausgabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 4801-5800 vorm. 9 bis 1 Uhr. Fleisch: Erwachsene 130 Gramm Konservenfleisch bezw. Wurst, Kinder 70 Gramm bezgl.

Uns der Umgebung Leipzigs.

ra. Wehlitz. Gemeindevorstellungung. Die Lehrerwohnung in der alten Schule ist vom Bauauschuss beschlachtet worden. Es muß eine gründliche Renovierung vorgenommen werden. Die Unkosten belaufen sich auf rund 5000 M. Diese Summe wurde einstimmig bewilligt. Von Merseburg ist angeregt worden, der Schulvorstand soll ein kleines Klassenzimmer schaffen, die Vertreter wurden sich darüber einig, daß die Kirche zum Schulunterricht freigegeben werden soll, da die Gemeinde jetzt nicht in der Lage ist ein weiteres Schulzimmer zu beschaffen.

Geenisch. Wir brachten in der Nr. 100 eine Notiz in der behauptet wurde, daß die hiesigen Landwirte fuhrerweilte Kartoffeln nach Leipzig kauftten, weil sie dort in Doreis hohe Schlechtendpreise dafür erhalten, und weil aus diesem Grunde die Landwirte keine Kartoffeln der Gemeinde abliefern, könnten in der Gemeinde keine Kartoffeln ausgegeben werden.

den Kultur hat. Eine Reihe von grundlegenden Arbeiten hat diesen Anspruch seit begründet. Unter diesen seien als die hervorragendsten genannt: das „Assyrische Wörterbuch zur Keilschrift-Literatur“, die „Assyrische Grammatik“ und das „Assyrische Handwörterbuch“, die „Entstehung des ältesten Schriftsystems oder der Ursprung der Keilschrift“, außerdem hat Delitzsch Studien über indogermanisch-semitische Verwandtschaft, „Assyrische Vesteile“ und „Die Hebräer language viewed in the light of Assyrian research“ veröffentlicht. Weitere Arbeiten behandelten „Die Sprache der Assäer“ und das Problem „Wo lag das Paradies?“ Friedrich Delitzsch hat auch „Das Buch Job“ neu überleht und erklärt. Außerdem ist Delitzsch im Verein mit Paul Haupt der Herausgeber der „Assyriologischen Bibliothek“ und der „Beiträge zur Assyriologie und semitischen Sprachwissenschaft“.

Reuer Stern. Der durch mehrere Kometen-Entdeckungen und besonders durch seinen großen Generallatalog der Sternschnuppen-Radianten bekanntgewordene englische Astronom W. F. Denning hat im Sternbild des „Schwans“, vermutlich in der Nacht vom 21. zum 22. August, ein auffallend helle Nova entdeckt; denn seit dem Erscheinen der ständigen Nova Aquilae 4-Am Juni 1918 ist kein neuer Stern von solcher Helligkeit aufgefunden worden.

Der Nachtrachten, vielleicht schon vor Jahrhunderten hat in jenen erloschenen Sterngründen wiederum eine ungeheure Weltkatastrophe stattgefunden, von der wir durch das plötzliche Aufkommen eines bisher wegen seiner Lichtschwäche ganz unbeachteten Sternes erst jetzt Kunde erhalten — so lange nämlich gebraucht

Wetter wurde in dem Artikel behauptet, der Gemeindevorstand habe bekannt gemacht, wer beim Kartoffeldiebstahl erwischt werde, mit 100 M. Geldstrafe bestraft würde.

Sächsische Angelegenheiten. Der „neue Geist“ in der sächsischen Justiz. In Sachsen wird der Justizapparat genau noch in derselben Weise gegen die Arbeiterschaft und ihre Vertreter gehandhabt, wie unter dem alten Regime. Das beweist die Art, wie die sächsische Regierung ihre Amnestiegesetze einfüßt. Wir haben erst vor kurzem darauf hingewiesen, daß ein Gesuch des Genossen Ober in Dresden auf Niederlegung eines gegen ihn Schwedenden Verfahrens abgelehnt worden ist. Das ist aber nicht der einzige Fall. Dieses Verfahren scheint systematisch gegen alle unabhängigen Redakteure angewandt zu werden.

Alle oppositionellen Elemente, die auf die dringende Gefahr aufmerksam machen, die dem Volke durch die gegenrevolutionäre Offizierskaste drohen, werden der Justiz überliefert, während gleichzeitig die provozierenden Militärs den besonderen Schutz von Regierung und Justiz genießen. Das ist der „neue Geist“, den der rechtssozialistische Justizminister Dr. Harnisch in die sächsische Rechtspflege gebracht hat.

Talsperren für Mittelthüringen. In einer Denkschrift an die zuständigen Reichsbehörden und den Minister der öffentlichen Arbeiten beschäftigt sich die Wasserwirtschaftliche Vereinigung von Mittel- und Süddeutschland mit den wirtschaftlichen Notizen der Thüringer Industrie und den Gefahren, die ihr weiterhin drohen, wenn es nicht gelingt, in größtmöglicher Weise an Stelle der ganz unzulänglichen und von ständiger Stilllegung bedrohten Dampfkraftwerke durch die Ausführung zweier gewaltiger Talsperrenprojekte im Saalegebiet den wirtschaftlichen Aufbau und Wettbewerb Thüringens auf dem Weltmarkt, unabhängig von der Gestaltung der Kohlenversorgung, sicherzustellen.

Die Wasserwirtschaftsperrenvereinschaft hat den Inhalt der Talsperre bei Klingenberg dadurch um fast eine Million Kubikmeter vergrößert, indem das Ueberfallwehr nach den Rasenden um 75 Zentimeter erhöht werden ist. Die Arbeiten sind kürzlich beendet worden, so daß die Wirkung des vergrößerten Sperrraums bereits in den nächsten Tagen eintreten wird. Nach Erreichung der vollständigen Fällung wird die regelmäßige Mindestabgabe von bisher 900 Sekundenliter auf 940 Sekundenliter für die Witbe Weilerich dauernd erhöht.

Zur Umgestaltung des Polizeiwesens in Sachsen.

Ebenso wie die preussische, beschäftigt sich auch die sächsische Regierung mit der Frage der Umgestaltung des Polizeiwesens, der in jeder Sekunde 300 000 Kilometer dahinschießende Lichtstrahl, um von dort bis zu uns zu gelangen. Abermals ist hier ein gewaltiger, uns nur in der großen Entfernung als leuchtender Punkt erscheinender Sonnenkörper durch chemische Dissoziation aus den Jagen gegangen, explodiert; es darf uns daher nicht wundern, wenn sein Licht um das Tausendfache oder Tausendfache heller strahlt als vorher. Doch nicht der Zusammenprall zweier Weltkörper, auch nicht das Einbringen einer Sonne in seine eisfalte Nebelwolke ist die Ursache einer solchen Katastrophe, sondern allein der mächtige Gravitationsdruck, der sich in Wärme verwandelt und schließlich die plötzliche Zerlegung des allendenalles bewirkt, die sich nicht alles um sich her — Planeten und Kometen — in ihren vernichtenden Strahlen reißt. So stützen vor des Menschen Erdenbeinen alljährlich mehrere Sonnen an dem scheinbar so friedlichen gestirnten Firmament läch in das Anlaufstadium ihrer Entwicklung zurück, um dann den Kreislauf in endlosen Zeiträumen von neuem zu beginnen.

Kleine Chronik.

Altes Theater (Der Kaufmann von Benedig). Ein ausgezeichnete Gast vom Staatstheater in Berlin, Fritz Kortner, war Schylod! Ein Schylod, dem der Gott des Alten Testaments, jener Gott der Rache und des Haffes, noch lebendiger Glaube ist, der den alten Söh „Augum Aug“, Bahn um Bahn“ heilig hält. Jene andere Auffassung des Juden als verrosteter Duder und Wärtner kann gegenüber dieser mit meistertester Darstellungskunst wiedergegebenen Haffestalt nicht mehr aufkommen. Ob ihn Schafepare zu gewollt hat? Gleichviel, für unser modernes Empfinden gehört zu Schylod ein Zug tragischer Größe. Und den verspürte man bei Fritz Kortner lebhaft, ohne daß je die Grenzen der Mimik und Sprache ins Unkünstlerische hinein überschritten wurden.

Kammerspiele. Von Wüst und Bruno Kastner beginnen ein Gastspiel in den Leipziger Kammerspielen, das zunächst auf 4 Tage berechnet ist, in Untreu, Komödie von Roberto Bracco. Es ist dieses das in Berlin bisher erfolgreichste Stück der neuen Saison.

Der Vorverkauf hat bei Polich, Coppius, Dietrich (Wolkestraße), Wehaght und an der Theaterkasse bereits begonnen.

Die Regierung hat deshalb eine Umfrage bei den Städten und Gemeinden veranstaltet. Kürzlich hat auch eine Konferenz in Dresden stattgefunden, auf der außer der Regierung u. a. die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Ritzau und die sächsischen Gemeinden durch den Geschäftsführer des Gemeindefaches, Dr. Naumann, vertreten waren. Hierbei wurde beschlossen, daß die Gemeinden sich zum 1. September darüber gutachtlich äußern sollten. Diese Äußerungen sind eingegangen, lauten aber teilweise einander völlig widersprechend. Der sächsische Gemeindegag ist inzwischen um Verlängerung der Frist bis zum 1. Oktober gekommen, was von der Regierung genehmigt worden ist. Nach dem 1. Oktober werden dann weitere Besprechungen stattfinden. Es wird mit einer Vertretung der Kriminalpolizei gerechnet werden können.

Keine sächsischen Handelsfachverständigen für Holland und die Schweiz.

Die sächsischen Handelskammern, die von ausländischer Stelle aufgefordert waren, sich mit der Frage der Entsendung sächsischer Handelsfachverständiger nach der Schweiz und nach Holland zu befassen, sind sich auf Grund einmündiger gemeinsamer Beratungen dahin schlußendlich geworden, die Entsendung solcher Handelsfachverständigen nicht zu empfehlen.

„Geflaut“

Zur Abgabe der Waffen wird dem Teilhaber der Waffen von unterrichteter Stelle gemeldet, daß manche Gemeindeglieder auf die Aufforderung, die ihnen für die Einwohnerwehr seiner Zeit überlassenen Gewehre jetzt wieder zurückzugeben, von dem Abhandlungskommissionen oder dem Diebstahl dieser Waffen berichten. In einem Fall stand hinter der zurückgebliebenen Aufforderung der kurze und bündige Vermerk: „Geflaut“.

Sollten die Herren Gemeindevorstände nicht wissen, wer die Waffen gestohlen hat? Won geht gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß die „Klawerei“ recht oft im stillschweigenden Einverständnis der Herren erfolgt ist. Vielleicht erkundigt sich die Regierung einmal bei den Gutbesitzern und Kriegervereinen nach den Waffen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Kampfrust der graphischen Unternehmer.

Der Deutsche Buchdruckerverein und der Verein Deutscher Zeitungsvorleger hatten sich zu einer einheitlichen Kampforganisation, der „Schutzgemeinschaft der Buchdruckerbesitzer und Zeitungsvorleger Deutschlands“ zusammengeschlossen (Geschäftsleitung Leipzig, Lange Str. 22). Dadurch hat die Macht der Unternehmerrschaft ohne Zweifel eine bedeutende Verstärkung erfahren. Gerade die größten Betriebe der graphischen Produktion sind in diesem neuen Kampfrust zusammengeschlossen. Als Leiter des Zentralausschusses werden folgende Großunternehmer genannt: Dr. Kunkhardt vom Deutschen Buchdruckerverein, Dr. Faber vom Verein Deutscher Zeitungsvorleger, Dr. R. Simon vom Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe und Dr. Breithaupt vom Verein Großstädterischer Zeitungsvorleger.

Als Zweck des Verbandes wird die Abwehr aller Versuche der Arbeitermehrschaft bezeichnet, die daraus hinauslaufen, die vom Tarifausschuss geschlossenen Vereinbarungen zu verletzen oder Änderungen durchzuführen, die von den Arbeitgebern nicht gebilligt werden. Mit den Satzungen werden Richtlinien verfaßt, die angeben, wie die Antizirkelorganisation der Unternehmer, die brutale Ausparrungen bei passiver Resistenz, die Umgehung und die Vorbeugung aller Gefahren bei Lohnbewegungen ausgebaut werden sollen. Großes Gewicht legt man darauf, die blutige Presse unter allen Umständen herauskommen zu lassen, damit die sozialistische Propaganda bei den Arbeiterbewegungen nicht das trübe Wasser abragen kann. Nach Generalsabstimmung sind die Pläne für die Streikkomitees festgelegt. Bis auf die Stunde genau wird angegeben, wie sie sich zu treffen haben, welche Maßnahmen von ihnen eingeleitet werden müssen, welche Entlassungen vorgenommen werden sollen. Weigert sich z. B. das Personal eines Betriebes, dem Arbeiter aus einem bestimmten Betriebe zur Überleitung überweisen sind, zur Ausführung dieser kreisförmigen Arbeit, soll es kurzerhand auf die Straße geschickt werden. Zur zeitlichen Herstellung von Druckarbeiten, welche für das Staats- oder öffentliche Wohl notwendig seien, z. B. Brot- und Verpflegungsmarken, Notgeld usw. soll die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen werden.

Wenn die Arbeitermehrschaft im graphischen Gewerbe nicht eine eigene geschlossene Front und den entschlossenen Willen zum Kampf aufbringt, wird sie die Macht der Kampforganisation der Unternehmer bald zu spüren bekommen.

Die Lohnverhältnisse der Leipziger Photographen.

Nach dem geltenden Tarifabkommen erhalten die Gehilfen bei den Porträtphotographen folgende geringe Wochenlöhne: Für 1. bis 2. Gehilfenjahr 60 Mk., im 3. bis 4. Gehilfenjahr 80 Mk., im 5. bis 8. Gehilfenjahr 100 Mk., nach dem 8. Gehilfenjahr 125 Mk. Auf diese Löhne haben die Gehilfen eine Teuerungszulage von 50 Mk. beantragt. Die Zwangsbewilligung will aber nur 20 Mk. bewilligen, womit sich die Gehilfen nicht einverstanden erklären können. Weitere Anträge erteilt der Verband der Photographen und Steinbrüder, Gerberstr. 1.

Lohnbewegung des Leipziger Badepersonals.

Das Badepersonal der Leipziger Privatbadeanstalten beschloß in seiner Versammlung am 22. August neue Lohnforderungen an den Verein Leipziger Badeanstaltsbesitzer einzureichen. Die letzten Lohnforderungen waren im Februar bewilligt worden. Durch die inzwischen weiter in erschreckendem Maße um sich greifende Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel waren die Lohnsätze überholt und unter dem Existenzminimum geblieben.

Die Verhandlungen über die gestellten Forderungen fanden am 1. September statt und zitierten folgendes Ergebnis:

Am 1. September treten folgende Lohnhöherungen in Kraft:

Für gelerntes männl. Personal wöchentlich	35 Mk.
„ ungel. „	25 „
„ gelerntes weibl. „	10 „
„ ungel. „	10 „

Ab 1. November erfolgt eine weitere Erhöhung dieser Lohnsätze um 5 Mk. und 10 Mk.

Die garantierten Löhne betragen nunmehr:

Für gelerntes männl. Pers. 185 Mk. ab 1. Nov. 190 Mk. wöchentl.	
„ ungel. „	145 „ „ 1. „ 155 „ „
„ gelerntes weibl. „	95 „ „ 1. „ 100 „ „
„ ungel. „	80 „ „ 1. „ 85 „ „

Alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrags bleiben bestehen.

Es ist notwendig, daß auch das Personal der übrigen Privatbadeanstalten zur Erkenntnis seiner Klassenlage kommt und sich der Berufsorganisation anschließt, erst dann ist es möglich, zu besseren Löhnen zu kommen. Nur dann ist es möglich, der auf diesem Gebiet noch herrschenden Willkür ein Ende zu bereiten und geordnete Verhältnisse zu schaffen. Darum, Kollegen des Badeberufes, treibt reslos der Reichsaktion Gesundheitswesen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei, besucht vor allen Dingen vollständig die Versammlungen, dann werden eure Interessen gewahrt, und es geht vorwärts.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Leipzig.

Teuerungszulagen in der Zigarrenindustrie.

Nach langen Verhandlungen ist nun endlich am 28. August im Reichsarbeitsministerium zwischen den drei Tabakarbeiterverbänden und den beteiligten Fabrikantenorganisationen folgender Vergleich zustande gekommen:

1. Auf die bestehenden Stücklöhne (Gesamtstücklöhne einschließlich der Erziehungszulagen und der regionalen Zuschläge) wird eine Teuerungszulage von 25 Prozent gezahlt.

2. Auf den Gesamtverdienst der Zeitarbeiter werden folgende Zuschläge gezahlt:

a) f. männl. Arbeiter	b) f. Arbeiterinnen	
bis zum 18. Lebensjahr	35 Pfg.	25 Pfg.
vom 18 bis 20. Lebensjahr	50 „	40 „
nach dem 20. Lebensjahr	65 „	55 „

für eine Stunde.

3. Die bisher gewährten Brot- und Kartoffelzulagen gelten durch diesen Vergleich als abgelehnt.

4. Die Teuerungszulagen gelten rückwirkend vom 1. Juni 1920 ab und sind sofort zahlbar.

5. Die bisher gezahlten Brot- und Kartoffelzulagen dürfen bei Nachzahlung der Teuerungszulagen nicht in Abzug gebracht werden.

6. Wo schon bisher höhere besondere Teuerungszulagen (nicht Kartoffel- und Brotzulagen) gezahlt wurden, als die in Ziffer 1 genannte Erhöhung von 25 Prozent ausmachen, sind diese an Stelle der Zulage von 25 Prozent weiter zu zahlen.

In allen Mitgliedsbetrieben der Zigarrenbranche liegt es nun, dafür zu sorgen, daß vorstehende Abmachungen in allen Betrieben, auch denjenigen, die nicht der Fabrikantenorganisation angehören, durchgeführt werden. Wo dies nicht in den nächsten Tagen geschieht, ist es sofort auf dem Verbandsbureau zu melden. Wir werden dann alle Zigarrenhersteller, die ihre Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nicht erfüllen, der Öffentlichkeit bekanntgeben. Weiter werden alle arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Tabakarbeiter aufgefordert, sich sofort auf dem Verbandsbureau, Gerberstraße 1, Zimmer 48, zu melden.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Leipzig).

Verband der Buch- und Steinbrüdererziehungsarbeiter. Bei der am 30. August stattgefundenen Wahl zum Verbandsrat wurden 1132 Stimmen abgegeben, von denen 28 ungültig waren. Es erhielten: Kerschmar 911, Stamm 34, Vorlopp 160 und Richter 1 Stimme. Somit ist der Kollege Kerschmar gewählt.

Verband der Buch- und Steinbrüdererziehungsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzig.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 7 ist erschienen. Aus diesem haben wir als besonders hervor: Der Aufbau der Arbeiterorganisation im Leipziger Wirtschaftsbezirk. Ein gewaltiges Stück Organisationsarbeit stellt dieser Aufbau, der in der kurzen Zeit von Mitte Mai bis Ende August dieses Jahres geleistet wurde, dar. Weiter verdient ein Aufschluß, „Unternehmerrücklinge“ überlebten, besondere Beachtung. Dieser Artikel ist die beste Antwort auf ein in den letzten Tagen in Leipziger Betrieben verteiltes Flugblatt der Unionisten, das zur Zerstörung der Gewerkschaften auffordert. Der Artikel bringt die Stellung Lenins, des bekannten russischen Revolutionärs, zu den Gewerkschaften zum Ausdruck.

In einem weiteren Aufsatz ist der Konflikt der Leipziger Gewerkschaften mit dem Schlichtungsausschuss behandelt.

Der Leipziger Betriebsrat ist durch alle Mitteilungen der Leipziger Volkszeitung, sowie in allen Gewerkschaftsbureaus zum Preise von 20 Pfg. pro Stück zu haben. Einzelbestellungen auf den Leipziger Betriebsrat durch die Post werden nur nach auswärtig vermittelt.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunglück in Schweden. Göteborg, 1. September. Auf der Eisenbahnstrecke Göteborg-Göteborg wurden gestern bei einer Entgleisung drei Passagiere getötet, etwa zehn verwundet.

Arbeiter! — werdt neue —
Volkszeitungsleser.

Von der Reise zurück. Augenarzt Dr. med. Hendel Leipzig-Plagwitz Karl-Helne-Strasse 30, I.

Lichtspiele

Weltpanoptikum
L. Lindenau, Inh.: Willy Störmer, Lützner Str. 19.
Ab heute bis mit Montag
Mady Christians in dem exzell. Sittdrama:
5 Akte **Die Gesunkenen!** 5 Akte
Ferner: Mia Pankau in der spannenden fesselnd. Tragödie aus d. Leben eines Försters:
Das Schicksal der Margarete
5 Akte. **Holberg.** 5 Akte.

Licht-UT-Spiel
Hainstraße 19 Telefon 3107
Alleiniges Erstaufführungsrecht für Leipzig.
Das gewaltige Filmwerk
Eine Demimonde-Heirat
Das Schicksal einer Ehe nach dem gleichnamigen Roman von Augier
In der Hauptrolle **LIA MARA.**
In 8 gewaltigen Akten schildert uns dieses Filmwerk eine erschütternde Familien-tragödie einer gewissen Halbwelt-dame Ein Werk von seltenem reicher wuchtiger Wirkung!
Außerdem:
Alleiniges Erstaufführungsrecht der neuen **Paul Heidemann-Lustspiel-Serie 1920-21**
I. Film:
Das Glücksschwein
3 urkomische Akte
Hauptrolle: **Paul Heidemann**
Tränen werden gelaht!
Beginn pünktlich 4 Uhr

Felle
aller Art und 1d. Quantum
Schafwolle
kauft laufend
Einkaufs-Zentrale
Weigler, Dorotheenplatz
Ecke Zimmerstraße

Martranzität
Achtung!
Schuhwaren-Verkauf
Ein Vollen Damen-, Herren-, Knaben- und Kinderstiefel steht von heute an preiswert zum Verkauf.
Frau Helene Hesse
Pöchnerstraße 10, Hinterd. II. I.



Vom 3. bis 6. September:
Der Ueberfall
auf den Kurier von Lisabon
Das grosse internationale Sensations-Detektiv- und Abenteuer-Drama
in 6 Akten
Hierzu: Der grosse Theatralische Lustspiel-Schlager **Liebe und Koffer**
3 Akte voller Humor.
Ausserdem:
Bobbys Badeabenteuer
Rolende Humoreske.
Täglich Einlass 5 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachmittags 1/4 Uhr grosse Familien- und Kindervorstellung mit besonders gewähltem Programm.

Apollo-Theater, L. Schönefeld
Freitag, den 3., bis Montag, den 6. September:
Großer Doppelschlager
LEPAIN, Der König der Diebe
I. Teil: Der König der Unschuldigen.
II. Teil: Der Kampf mit dem Molordetektiv.
Sensationelles Detektiv-Drama in 8 großen Akten.
Gute Künstlermusik. Anfang 6 Uhr.

Film-Palast
L. Lindenau, Gundorfer Strasse 31.
Von Freitag, den 3., bis Montag, den 6. September:
Menschen von heute
Großes Sittenbild in 5 Akten.
Zur Strecke gebracht
Sensations-Film in 5 Akten.
Regie:
Harry Piel.

Fußbodenlackfarbe
in gar. Friedensqual., kr. 19. s. hochglänz., harttrockend und sehr haltbar. Billig! Vorreife für Fußböden. kr. 20. s. erzeugt erstl. haltbare! Wanddielenlackfarbe, abwaschbar, braun, kr. 12. s. grau 10. s. Badfarbe in die bunten Tönen, kr. 18. s. Möbel-Emalje, schnee-weiß, hellgelb, kr. 30. s. Fußbodenlack, raff. la., kr. 12. s. Firnis, garantiert rein, kr. 28. s.
Kühnerl & Co., Emilienstr. 42. Tel. 5719.

Solinger Stahlwaren.
Ein Besuch lohnt sich. Bestells von 36 Mk. an.
Ausnahmungsangebot von **Paul Meyer, Solingen.**
Burgstr. 27. Preisliste. Seite 47. 1920

Weisse Wand
Die geheimnisvolle Kugel
5 Akte Ein Drama auf den kanarischen Inseln 5 Akte
von Hans Schomburgk
Leichtsinn
6 Akte aus dem Liebesleben eines Künstlers.
Ab Dienstag: **Herrn der Welt, III. Teil.**

In 1 Stunde nertigen Kleunter **Garantie** Kops, Fila- und Kleider- u. Tieren „Kampold“, nat. gelb. Mitt. Wunden unbeschädigt.
Verkauf nur: Schleierstr. 12. Gohlis, Neuh. Döllische Str. 67.
Läuse
Lindenau, Josephstr. 17. Köhler, Völklinger Straße 13. I. Engelzdorf, bei Weitz, Lindenstraße 12.

Bücher aller Art
halten die Leser unserer Zeitung vorzeitig durch unsere Buchhandlung. Wenn Gewünschtes nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Kataloge und die Auszüge der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Ferner Zeitschriften regelmäßig, täglich nach Erscheinen, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubesellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchhandlung
Antiquarische Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Taubacher Str. 10/21
Filialen:
Vollshaus Leipzig, Felter Str. Leipzig-Alt, Elisabethstraße 19
L. Lindenau, Obermarktstr. 1
L. Plagwitz, Wölscheller Str. 1
L. Köhler, Köhler, Döllische Str. 64
L. Schönefeld, Sietz, Str. 64
L. Thonberg, Helldorfer Str. 1
L. Süttgen, Ferd. Post, Str. 1
L. Köhler, Bornhäuser Str. 1
L. Gohlis, Lindenthaler Str. 1
L. Gohlis, Magdalenenstr. 1
L. Gohlis, Leipzig, Hauptstr. 53
Böhlitz-Graben, Wettiner Straße 24

Phot. Vergrößerungen
in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung
fertig als Spezialität
preiswert
Proessor
Lohn: **Bayersche Str. 41.**

LUNA-Lichtspiele
L. Lindenau, Leipzig-Eutritzsch
Von Freitag, 3. September, bis Montag, 6. September:
„Niemand weiß es!“
Erschütternde Familien-Tragödie in 8 gewalt. Akten nach dem bekannten Roman von Arthur Landberger.
Motto: „Wer der Vater ist, kann niemand wissen, während die Motterschaft immer unzweifelhaft feststeht.“
Außerdem ein tolles Lustspiel. Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr: **Grosse Kinder- und Familienvorstellung.**

